Nr. 144. Halle (Saale), Donnerstag, den 22. Juni 1916. 27. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 40 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (99 mm breite Kolonelzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 49/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 22. Juni 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Eine schwache englische Abteilung wurde bei Frelinghien (nordöstlich von Armentières) abgewiesen. Eine deutsche Patrouille brachte westlich von La Bassée aus der englischen Stellung einige Gefangene zurück.

Oestlich der Maas entspannen sich Infanteriekämpfe, in denen wir westlich der Feste Vaux Vorteile errangen.

Durch Abwehrfeuer wurde südlich des Pfefferrückens und bei Duß je ein französisches Flugzeug heruntergeholt, die Insassen des letzteren sind gefangengenommen.

Unsere Fliegergeschwader haben gestern früh mit Truppen belegte, Orte im Maastale südlich von Verdun, heute früh die Bahnanlagen und Truppenlager von Revigny angegriffen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front hat sich, abgesehen von erfolgreichen deutschen Patrouillenunternehmungen, nichts ereignet.

Auf die Eisenbahnbrücke über den Pripjet südlich von Luniniec wurden Bomben geworfen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen. Russische Vorstöße gegen die Kanalstellung südwestlich Logischin scheiterten ebenso, wie wiederholte Angriffe westlich von Kolki.

Zwischen Sokal und Liniewka sind die russischen Stellungen von unseren Truppen genommen und gegen Gegenangriffe behauptet. Fortgesetzte Anstrengungen des Feindes, uns die Erfolge nordwestlich von Lucf streitigzumachen, blieben ergebnislos. Beiderseits der Turya und weiter südlich über die allgemeine Linie Swiniuchy—Gorochow wurden die Russen weiter zurückgedrückt.

Bei der Armee des Generals Graf v. Bothmer wurden vielfache starke Angriffe des Gegners aus der Linie Hajworonka—Bobulince (nördlich von Przewloka) unter schwersten Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 21. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina, in Ostgalizien und im Raume von Radziwillow keine besonderen Ereignisse. In Wolhynien haben die unter dem Befehl des Generals v. Linsingen stehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte trotz heftigster feindlicher Gegenwehr abermals Raum gewonnen. Bei Gruziatyn wiesen unsere Truppen in zäher Standhaftigkeit auch den vierten Massenstoß der Russen völlig ab, wobei 600 Gefangene verschiedner feindlicher Divisionen eingebracht wurden; insgesamt sind gestern in Wolhynien über tausend Russen gefangen worden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Im Plöckenabschnitt kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen. An der Dolomitenfront wiesen unsere Truppen bei Rufreddo einen Angriff unter schweren Verlusten des Feindes ab. Zwischen Brenta und Etsch fanden keine größeren Kämpfe statt. Vereinzelte Vorstöße der Italiener scheiterten. Zwei feindliche Flieger wurden abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Vojusa haben die Italiener, vom Feuer unserer Geschütze gezwungen, den Brückenkopf von Feras geräumt. Wir zerstörten die italienischen Verteidigungsanlagen und erbeuteten zahlreiches Schanzzeug.

Aus dem russischen Heeresbericte.

Petersburg, 21. Juni. Amtlicher Bericht. In einigen Abschnitten der Front der Brussilowschen Armeen machte der Gegner heftige Gegenangriffe. Nach verbollständigten Berichten, welche die Kämpfe in der Gegend nördlich des Dorfes Hadomicze am Styr westlich des Dorfes Kolki umfassen, machten unsere Truppen dort am 17. Juni 96 Offiziere, 3137 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 17 Maschinengewehre. Durch unser Feuer wiesen wir einen feindlichen Angriff ab, der von deutschen Truppen unterstützt in der Umgegend des Dorfes Woronezun (8 Kilometer) nordöstlich Kiseilin, 7 Werst nördlich der großen Straße Lucf—Wladimir-Wolynsk vorgetragen wurde. Nach den in letzter Stunde eingetroffenen Meldungen trieben unsere Truppen nach einem Gegenangriff in der Gegend von Rogowicze (5 Kilometer) südöstlich des Dorfes Lokaze den Feind zurück und nahmen ihm 16 Offiziere, 1200 Soldaten sowie 8 Maschinengewehre ab. Auf dem äußersten linken Flügel geht der Feind in voller Auflösung zurück, von unseren Truppen energisch verfolgt. Wir besetzten die Dörfer Zadowa (33 Kilometer westlich Czernowitz), Storozynec, Hlibokо (22 Kilometer südlich Czernowitz) am Sereth.

*

Die erhoffte Offensive der Engländer. Bern, 21. Juni. In den französischen Blättern tritt trotz der Zensur neben der Friedenssehnsucht Frankreichs Forderung nach einem Eingreifen der Engländer an der Westfront immer mehr hervor. So sagt Marcel Cachin in der Humanité: Die Stunde ist da, wo das englische Heer zeigen muß, was es leisten kann. Es wird hoffentlich den Kampf ändern und das mit Ungeduld erwartete Ende beschleunigen.

Griechenland.

Das Ministerium Skuludis soll zurückgetreten sein, so sagen englische Meldungen. Der Druck der Blockade habe das erreicht. Die Berichte sind aber noch nicht bestätigt. Ein Ministerium Zaimis oder Rhallis würde, wie das Verhalten der Staatsmänner seit dem vorigen Jahre beweist, keineswegs eine Erfüllung der Wünsche der Verbandsmächte bedeuten, die danach trachten, Venizelos — sei es als Ministerpräsidenten oder Präsidenten einer hellenischen Republik — wieder in die Macht einzusetzen.

Was wird in Preußen?

Der Kleinkrieg, der zurzeit zwischen den beiden Häusern des preußischen Landtags ausgefochten wird, lenkt wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf die innerpolitischen Zustände des deutschen Vormachtsstaates. Die Regierung hatte die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer für die Dauer des Krieges vorgeschlagen, das preußische Abgeordnetenhaus bewilligte diese Erhöhung aber nur für das neue Rechnungsjahr. Damit war ein neuer Beweis dafür gegeben, daß die Konservativen in Opposition zur Regierung stehen und daß sie die Waffe der Steuerbewilligung nicht aus den Händen geben wollen. Das preußische Herrenhaus aber roch hinter diesem Vorgehen der konservativen Opposition Parlamentarismus und Jakobinertum: konservativer als das konservative Abgeordnetenhaus verwarf es dessen Beschluß und stellte die Regierungsvorlage wieder her. Und jetzt hat wieder das Abgeordnetenhaus das Wort.

Daß es in der konservativen Partei, wie in den andern Parteien auch, taktische Meinungsverschiedenheiten gibt, ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten zutage getreten. Aber darin liegt nicht das Bedeutungsvolle des Vorgangs. Interessanter ist schon die Tatsache, daß die Konservativen die Machtstellung, die ihnen das Dreiklassenwahlrecht gewährt, noch immer dazu ausnutzen, um der Regierung unbequem zu werden, daß sie ihre Dreiklassenmacht noch immer so gebrauchen, als dächten sie nicht daran, sie jemals aufzugeben. So drängt sich nur die Frage auf: „Was wird in Preußen?" Was wird in Preußen nicht nur mit den Steuerzuschlägen, deren Bewilligung für kürzere oder längere Dauer wahrhaftig keine weltbewegende Angelegenheit ist, sondern was wird in Preußen überhaupt.

Man hat früher geglaubt, etwas Absonderlicheres als das preußische Dreiklassenwahlrecht vor dem Kriege könne es überhaupt nicht geben. Und doch läßt sich etwas denken, was noch viel toller wäre, das ist das Dreiklassenwahlrecht nach dem Kriege. Der Krieg hat ungeheure Verschiebungen der Einkommens- und Vermögensverhältnisse hervorgerufen. Er hat reiche Leute an den Bettelstab gebracht, er hat bescheidenen Wohlstand zerstört, er hat gesicherte Existenzen in Not und Unsicherheit geworfen. Auf der andern Seite hat er gewaltige neue Reichtümer produziert und eine neue Klasse von Besitzenden geschaffen. So haben sich auch die Verhältnisse der Steuerzahler, auf denen das preußische Wahlrecht aufgebaut ist, gründlich verschoben. Man kann im allgemeinen sagen, daß diejenigen, die dem Reich Gut und Blut geopfert haben, schlechte Steuerzahler geworden, daß aber diejenigen, die zu Hause blieben und Geschäfte machten, gute Steuerzahler geworden oder geblieben sind. Das lediglich auf Besitz begründete Dreiklassenwahlrecht entrechtet die Vaterlandsverteidiger, es bevorrechtet die Kriegsgewinner.

Werden die Soldaten, die aus dem Felde heimkehren und wieder den Bürgerrock anziehen, sich diese Entrechtung gefallen lassen? Werden die, die bisher in der dritten Klasse gewählt haben, sich mit diesem Mindestmaß politischen Rechts begnügen und ruhig zusehen, wie der reichgewordene Kriegsgewinner als Wähler erster Klasse ihr hundertstimmiges Votum mit einem einzigen Stimmzettel erschlägt? Und die, die bisher in der zweiten Klasse gewählt haben und nun in die dritte hinabgeschleudert sind, weil sie im Schützengraben standen, während die andern mit Decken, Rindsleder und Hülsenfrüchten handelten, werden sie sich das ruhig gefallen lassen? Kann es eine Regierung geben, die diesen Wahnsinn Wirklichkeit werden lassen wollte? Muß nicht selbst derjenige, der das Dreiklassensystem vor dem Kriege für erträglich gehalten hat, vor den Folgen dieses Systems nach dem Kriege zurückschrecken? Kann es überhaupt noch einen Menschen in Deutschland und in Preußen geben, der die Aufrechterhaltung dieses Systems für möglich hält?

Die Macht der preußischen Konservativen ruht auf geborstenen Säulen. Und doch machen sie von dieser Macht der Regierung gegenüber rücksichtslosen Gebrauch, weil sie ihr nicht den Mut zutrauen, daß sie nach dem Nietzsche-Wort handeln könnte: „Was fällt, das solle und du sollst es noch stoßen!" Obwohl die Regierung einsehen muß, daß das Dreiklassenwahlrecht durch den Krieg ganz unhaltbar geworden ist, findet sie nicht die Kraft, der notwendigen, selbstverständlich gewordenen Entwicklung freie Bahn zu schaffen. Ihre Schwäche aber ist die Stärke ihrer Gegner.

Selbst als Sieger wird das deutsche Volk aus tausend Wunden blutend, physisch und wirtschaftlich erschöpft aus dem größten aller Kriege heimkehren. Nur durch emsigen Aufbau des Zerstörten, nur durch gesicherte freiheitliche Entwicklung wird es seinen Platz in der Welt behaupten und erhöhen können. Gewaltige Kämpfe um die beste Art, Reich, Staat und Gemeinde zu verwalten, werden dann nicht ausbleiben, aber sie müssen, soll nicht das schlimmste Verhängnis hereinbrechen, auf dem festen Boden politischer Freiheit und Gleichberechtigung geführt werden. Wehe, wenn die Massen an dem Staate verzweifeln, den sie eben erst mit ihrem Blut verteidigt haben, wenn ihr Wille gegen den Trotz einer kleinen Minderheit anrennen muß, die ihre Macht für ihr Recht hält!

Die Regierung würde sich gewaltig täuschen, wenn sie glauben würde, daß die Partei, die vor dem Kriege die größte war, und die wahrscheinlich nach dem Kriege noch viel größer sein wird, jemals eine Politik des Verzichts und der Erniedrigung treiben könnte. Gerade aus ihrer gegenwärtigen Haltung in der Frage der Landesverteidigung ergeben sich für die Partei den Massen gegenüber die allerstärksten Bindungen. Nie würde sie den Vorwurf ertragen können, daß sie das Reich für die Reichen verteidigt habe, daß sie den preußischen Soldaten als Staatsbürger dritter Klasse habe heimkehren lassen, und mitgeholfen habe, die politische Herrschaft der Kriegsgewinner über die Landesverteidiger aufzurichten! Nein, wer als Sozialdemokrat für die Unabhängigkeit des deutschen Volkes nach außen eintritt, der ist doppelt und dreifach verpflichtet, mit allem, was er ist und was er hat, für die Freiheit des deutschen Volkes auch im Innern einzustehen: mit allen seinen Kräften, mit der Gefahr jedes höchsten Opfers!

So stehen die Dinge, und es ist notwendig, daß man zur rechten Zeit sich überall darüber vollkommen klar ist; nur dann kann noch zur rechten Zeit die erlösende und befreiende Antwort auf die Frage gefunden werden, was in Preußen werden soll.

Die Russen-Offensive.

Die Kriegsentwicklung bis zum 18. Juni.

Oberst a. D. Richard Gädke schreibt uns:

Die Kriegslage steht noch immer unter dem Eindruck der gewaltigen russischen Offensive im Südosten. Man muß es der feindlichen Heeresleitung lassen, daß sie diesmal mit großer Umsicht und Taktik alle Vorbereitungen monatelang getroffen und tatsächlich große Massen zusammengebracht hatte, um einen Umschwung der Dinge herbeizuführen. Auch den Zeitpunkt ihres Vorgehens hatten die Russen diesmal sachgemäß gewählt: die deutschen Heere waren in dem Riesenkampfe zu beiden Seiten der Maas beschäftigt, die unserer Verbündeten mit dem Angriff auf Italien, und selbst nördlich Saloniki schienen die Massen in Fluß zu kommen. Soweit es von ihren Maßnahmen abhing, hatte die russische Heeresleitung alles getan, um sich einen Erfolg zu sichern, und sie scheint bestimmt auf ihn gerechnet zu haben. Auch in der Ausführung verfuhr sie diesmal nach gesunden Grundsätzen, indem sie die ganze Front unserer Verbündeten gleichzeitig — oder doch fast gleichzeitig — mit starker Entschlossenheit angriff. Ihre Zahlenüberlegenheit bot ihr die Mittel dazu, wobei sie dann — wie wir gesehen haben — zwei immer noch ausgedehnte Gebiete zu Hauptbrennpunkten ihres Angriffs wählte: die nordöstliche Bukowina zwischen Pruth und Dnjestr mit einer Front von 45 Kilometern Breite und die annähernd gleich lange Linie in Wolhynien, die ungefähr durch die Orte Wlynow und Oluka bezeichnet wird. Schon aus diesen Zahlenangaben für die beiden Hauptangriffe — die gesamte Front war etwa 4½ mal so groß — dürfen wir schließen, mit welchen Massen der Gegner diesmal operiert hat.

Gegen die Wahl seiner Hauptangriffspunkte wird sich vom Standpunkte der Kriegskunst aus, wenn man alle Umstände berücksichtigt, nichts einwenden lassen. Für die Wahl der Bukowinafront scheint außer zutreffenden strategischen Erwägungen noch ein politischer Gesichtspunkt mitgespielt zu haben, die Hoffnung, Rumänien doch noch mit sich fortzureißen. Die Verletzung rumänischen Bodens vom 10. bis 12. Juni bei Marmorita war aller Wahrscheinlichkeit nach kein zufälliges Versehen eines untergeordneten Offiziers, da drei, und nach anderen Meldungen sogar fünf Regimenter den Versuch machten, die österreichische Stellung östlich Czernowitz dort südlich des Pruth zu umgehen.

Das schließlich die russische Operationsanlage dennoch einige Fehlerquellen aufwies, war kaum ihre eigene Schuld, sondern durch Umstände hervorgerufen, die der Führer nicht beherrschen konnte. Darüber wird später einmal zu reden sein. Das eine wird man jetzt schon sagen dürfen, daß schließlich alle Einsicht der obersten Leitung den Grundfehler russischer Taktik nicht beseitigen konnte: die rücksichtslose Vergeudung des Menschenlebens. Das liegt in der Beschaffenheit dieses Materials selber begründet. Natürlich aber wird dadurch die Angriffskraft der Truppe früher erschöpft, als bei einem kostbaren und mehr geschonten Menschenmaterial.

Ich habe in der vergangenen Berichtswoche darauf hingewiesen, daß diesmal die Offiziere sich von der polizeilichen Auffassung ihrer Pflicht hinter der stürmenden Linie mehr als bisher freimachten und die Truppen vielmehr durch ihr Beispiel mit sich fortzureißen suchten. Natürlich mehrten sich dadurch ihre eigenen Verluste, die in Rußland schwerer als anderswo zu ersetzen sind. Ganz aber mochte man die Polizei doch nicht entbehren; so war es diesmal die Artillerie, die diese Aufgabe übernehmen mußte. Sie hatte Befehl, rücksichtslos in zurückgehende Sturmtruppen hineinzuschießen und hat — schrecklich genug — nach den vorliegenden Nachrichten diesen Befehl verschiedene Male ausgeführt, ohne anderen Erfolg als den, die Verluste zu vermehren. Denn eine fliehende Truppe flieht eben kraft eines dunklen Instinkts, der sie zum Fliehen zwingt — oder sie ergibt sich!

Immerhin muß man zugeben, daß die russische Offensive Erfolge gehabt hat, auch noch während der letzten Berichtswoche. Die ersten Tage bis einschließlich des 6. Juni stellen naturgemäß die Höhepunkte ihres Vorwärtsdrangs dar; er schuf wie es scheint zeitweise eine ernste Lage für die Heere unserer Verbündeten, die — nach Behauptung italienischer und neutraler Berichterstatter — durch Abgabe für die italienische Offensive geschwächt worden waren. Diese Blätter bezeichnen verschiedene Armeekorps mit ihrer Nummer und ihrem Ersatzbezirk, die angeblich im Mai vom Osten nach dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191606 22-18/fragment/page=0001

Westen überführt worden waren — Angaben, die wir nicht nachprüfen können —. Es gelang den Russen, die österreichische Kraftgruppe in der Bukowina zurückzudrängen, in Ostgalizien teilweise das östliche Ufer der Strypa zu säubern und eingelne Uebergangspunkte zu gewinnen, in Wolhynien bis an den Styr zu gelangen und die Stadt Luck zu besetzen. Auf ihrem äußersten rechten Flügel aber mißlangen alle Angriffe gegen den unteren Styr von westlich Kolki bis Czartorysk und Rafalowka. Der Zusammenhang der Gruppe Linsingen mit den deutsch-österreichischen Streitkräften nördlich der Pripjetsümpfe blieb gewahrt.

Dann trat eine mehrtägige Operationspause ein oder doch eine Zeit verhältnismäßigen Stillstandes. Aber um die Zeit des 12. Juni herum erzielte die russische Offensive einen neuen starken Stoß nach vorwärts. Zunächst ergriffen die Streitkräfte nördlich der Pripjetsümpfe mit großem Ungestüm gegen Baranowitsche an, anscheinend in der Absicht, den Abtransport deutscher Streitkräfte nach Süden zu verhindern, zugleich aber die Benutzung der großen Querbahn durch das Sumpfland des Pripjet „Lyaschowitsche-Luninies-Sarny" für die eigenen Truppen zu sichern. Der Ansturm wurde am 12. und 13. Juni unter blutigen Verlusten abgewiesen; inwieweit die strategischen Absichten der Russen durch ihn gefährdet wurden, läßt sich nicht übersehen. Aber der deutsche Bericht kann den Erfolg vermelden, daß russische Truppenzüge hinter der Front durch Fliegerbomben zum Stehen gebracht wurden. Dagegen drangen sie in Wolhynien über den Styr kräftig weiter vor, ihre Reiterei gelangte schon am 12. bis Torczyn, 25 Kilometer westlich Lucl; bis zum 15. Juni gelang es ihnen, unter lebhaften Kämpfen mit den österreichischen Nachhuten den oberen Stochod-Abschnitt zu erreichen, die Orte Babie, Woronczyn, Zaturcy zu besetzen und südwestlich Luck den Abschnitt des Lipaflüßchens zu gewinnen. Von ihren Ausgangsstellungen westlich der Stubiel hatten sie an jenem Tage einen äußersten Raumgewinn von 75 Kilometern zu verzeichnen. Die südlich unmittelbar anschließenden Truppen unserer Verbündeten mußten natürlich dieser Bewegung folgen um den Zusammenhang nicht zu verlieren, dagegen behaupten sie ihre Stellungen gegen alle Angriffe der Russen bei Lowizano, Novo Alexiniec, nordwestlich Tarnopol. Von hier an wieder drängten die Gegner über die mittlere und untere Strypa hinüber und griffen die Höhenstellungen westlich des Flusses mit großer Tapferkeit immer und immer wieder an. Ein größerer Erfolg gelang ihnen dann noch gegen den rechten österreichisch-ungarischen Flügel, wo sie bereits am 12. Juni Horodenka südlich des Dnjestr erreichten, während ihre Angriffe bei Bojan und nördlich Czernowitz zunächst noch scheiterten. Immerhin begannen unsere Verbündeten vom 15. Juni an mit der Räumung der Hauptstadt der Bukowina, die dauernd gegen den überlegenen Gegner nicht zu behaupten war.

Vom 16. Juni an kündigte sich nun aber ein Umschwung der Kriegslage im Südosten an; deutsche Truppen griffen nordwestlich Luck am Stochow- und Styr-Abschnitt ein; der Angriff ging hier wieder in breiter Front auf die Heere der Mittelmächte über, wenn sich die Russen auch noch lebhaft sträubten, die Vorhand wieder an sie abzutreten.

Schon am 16. Juni meldet unser Hauptquartier die Entwicklung neuer Kämpfe am Stochod-Styr-Abschnitt, am folgenden Tage schreiten sie für die Deutschen erfolgreich vor, deren Schlachtlinie sich von der oberen Turya bis zur Straße Luck-Kowel entwickelt hat, ihnen schließen sich die österreich-ungarischen Kraftgruppen südlich der Turya in erneutem Angriffe an. Am 17. Juni kann bereits eine Beute von insgesamt 8500 Gefangenen, ein Geschütz, 26 Maschinengewehre gemeldet werden, am 18. Juni werden die erbitterten Kämpfe erfolgreich fortgesetzt und von unseren Verbündeten wird ein russischer Gegenstoß auf Porochow siegreich abgewiesen. In der Mitte machen die russischen Angriffe keine Fortschritte mehr; nur auf dem äußersten rechten Flügel der Verbündeten gelingt ihnen am 17. Juni noch die Besetzung von Czernowitz, aber das sie am folgenden Tage nicht wesentlich hinausgelangen. Angesichts des Umschwunges auf unserem linken Flügel wird man diesen Verlust einen über den moralischen Eindruck hinausgehenden Wert nicht beimessen dürfen.

Die große Schlacht geht also mit ungeschwächten Kräften weiter, sie ist noch nicht entschieden, aber sie bietet für die Heere der verbündeten Mächte günstige Aussichten.

Interessant ist, daß unsere Gegner sich in der letzten Zeit in wiederholten dunklen Andeutungen ergehen, daß nun bald sämtliche Kriegsschauplätze in Flammen stehen würden. In den beiden Tagen 17. und 18. Juni hat an der englischen Front von der belgischen Grenze bis zur Somme eine lebhafte Gefechtstätigkeit geherrscht. Cadorna seinerseits meldet ausdrücklich, daß bis zum 17. Juni kein österreichischer Soldat von der Tiroler Front fortgezogen worden sei. Die italienischen Gegenangriffe vom 9.—17. Juni haben einen merkbaren Erfolg nicht gehabt, am 18. hingegen haben unsere Verbündeten in der Gegend von Asiago wieder einen kleinen Schritt vorwärts gemacht. — In Asien hin- und hergehende Kämpfe ohne große Bedeutung; bemerkenswert ist nur, daß eine stärkere englische Truppe Kirmann in Südpersien besetzt hat — wohl mehr gegen ihre treuen Verbündeten, die Russen, als gegen die Perser!

Politische Uebersicht.

Der Reichsverband wittert Morgenluft.

Schon wiederholt konnten wir nachweisen, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine Arbeit unauffällig, aber fleißig fortgesetzt. Seine Zwerlicht ist neuerdings stark gewachsen. Dies beweist das uns vorliegende, etwas verspätet in unseren Besitz gelangte Mitteilungsblatt Nr. 3 für die Herren Vorsitzenden der Ortsgruppen und Einzelmitglieder. Mit besonderer Freude, und den Ortsgruppen des Reichsverbandes zur Nacheiferung, wird bekanntgegeben, daß die Ortsgruppe Königsberg i. Pr. 120 neue Mitglieder geworben hat. Gegen die Sozialdemokratie führt der Reichsverband schon jetzt wieder eine Sprache, die sich kaum von der in Friedenszeiten unterscheidet. Man höre:

„Wie wenig der Burgfriede seitens der sozialdemokratischen Mehrheit in Preußen zu halten gesucht wird, zeigen die letzten Reden der Genossen Hofer, Braun, Ströbel, Hue (!!) im preußischen Abgeordnetenhause. Vermeidung positiver Mitarbeit im inneren Staatsleben, dagegen aber um so eifrigere Hervorkehrungen bestehender Mängel im Wirtschaftsleben und Verhetzung der Klassen, mit dem Ziele des Klassenhasses. Wenn in diesem Kreis von Volksvertretern die Beseitigung des Belagerungszustandes gefordert wird, so geschieht dies doch nur aus dem Grunde, um nach dessen Beseitigung noch heftiger die Fahne des Klassenkampfes entrollen zu können. Es ist nicht unbekannt, daß diese vor dem Kriege im sozialdemokratischen Lager beliebte Handlungsweise unseren Feinden eine Ursache mitgegeben hat, ihren Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland zu beginnen. Lag es doch auch unseren Feinden nahe, je mehr die Blockade Deutschland in Ernährungsschwierigkeiten bringt, je leichter wird es der Sozialdemokratie werden, die Unzufriedenheit im Inneren zu fördern ..."

In solchem Tone geht „das alte Lied", wie der Aufsatz überschrieben ist, weiter:

„Angesichts solcher Vorgänge fühlen wir uns verpflichtet, mehr wie bisher aus unserer Zurückhaltung hervorzutreten, insoweit, daß wir wenigstens unseren Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich von der Art sozialdemokratischer Verhetzung ein Bild zu machen, damit sie danach ihr Handeln für später bestimmen können. Unter dem Eindrucke des Kaiserwortes sowie der äußeren Gefahr, die ein einmütiges Zusammenhalten aller Volksgenossen zur nationalen Pflicht machte, haben wir es uns versagt, der anfänglichen Politik der sozialdemokratischen Partei entgegenzutreten. Nunmehr aber Zeit es erfordert, daß das Vorgehen des radikalen Flügels nicht nur eine kriegsverlängernde Wirkung ausübt, sondern auch alle staatlichen Grundlagen durch Verhetzung der Massen zu zerstören sucht, wird es unsere Pflicht, zu handeln.

Es wird dann ausgeführt, daß die Art des Handelns der stets stärker hervortretenden sozialdemokratischen Minderheit jedes gemeinsame Wirken mit den staatserhaltenden Parteien ausschließt, und dem Genossen Ströbel wird wegen einer Rede im Abgeordnetenhause „vaterlandslose Unverschämtheit" vorgeworfen.

Aber auch die „Mehrheit" der Partei erfreut sich keineswegs voller Gnade beim Reichsverband, wie schon daraus hervorgeht, daß oben auch Hue als Hetzer genannt wurde. Ja, selbst Wolfgang Heine wird in die Wolfsschlucht geworfen, weil er Anfang März laut Magdeburger Volksstimme in Stendal erklärt haben soll, daß wir den Klassenkampf nicht aufgeben, wenn wir auch unsere alte Stellung gegenüber dem Militarismus aufgeben würden.

Bezeichnend für die versteckte Tätigkeit des Reichsverbandes ist, daß er sich den Stadtverwaltungen zu „aufklärenden" Vorträgen über die Ernährungsfragen anbietet.

Die Finanznot der Bundesstaaten.

München, 21. Juni. Finanzminister von Breunig gab im Finanzausschuß der Kammer einen Ueberblick über die Lage des Staatshaushaltes und erklärte, daß für die Jahre 1916-17 mit einem Fehlbetrage von 22 800 000 Mark zu rechnen sei. Wenn jedoch 1917 kein Friedensjahr sein werde, so sei mit erheblichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen zu rechnen. Die Deckung des jetzigen Fehlbetrages verlange einen Zuschlag von 30 Prozent zu den direkten Steuern. Der Berichterstatter beantragte, die Einkommen bis 1800 Mark zuschlagfrei zu lassen, auf die anderen Zuschläge von 10 bis 50 Prozent zu legen.

Kleine politische Nachrichten.

Revisions-Verwerfung. Im Winter d. J. war Gen. Dr. Ernst Meyer in Berlin wegen Herausgabe der Broschüren Wer hat die Schuld am Kriege? und Der Annektionswahnsinn zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden, die durch die dreiwöchige Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Die von den Verteidigern eingelegte Revision ist nun vom Reichsgericht in einer unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefundenen Verhandlung verworfen worden.

Die Geheimsitzung der französischen Kammer soll noch immer nicht geschlossen worden sein. Es hat schon die fünfte Zusammenkunft stattgefunden. Die Pariser Blätter bringen nur diese kurze Mitteilung. Wo sie den Versuch machen, mehr zu sagen, streicht die Zensur alles, so im Temps, der allerdings der Erwartung Ausdruck geben darf, daß selbstverständlich die Abstimmung über die Tagesordnung, die zu den eingebrachten Interpellationen Stellung nehme, öffentlich sein müsse.

Amerika und Mexiko.

Die Meldungen besagen, daß die amerikanischen Truppen von den Mexikanern sozusagen umzingelt seien. Die Feindseligkeiten würden bald beginnen. Amerika werde aber eine rein defensive Haltung einnehmen, selbst wenn Carranza die Feindseligkeiten eröffne. Man werde sich darauf beschränken, die Angriffe zurückzuweisen. Von einem Vormarsch im Land, um Eroberungen zu machen, sei keine Rede. Wie verlautet, gärt es besonders in Nordmexiko. Zwei Staaten sollen bereits den Krieg erklärt haben.

*

Neue Bundesratsverordnungen zum Ernährungswesen.

Der Presse wird mitgeteilt:

Nachdem der vom Reichsamt des Innern aufgestellte Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr mit den Vertretern der Bundesregierungen durchberaten ist, findet in dieser Woche darüber auch noch eine Besprechung mit dem Ernährungsbeirat des Reichstages statt. Darauf werden jedenfalls schon in der nächsten Woche eine Reihe von Bundesratsverordnungen erlassen werden, durch die zunächst die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Buchweizen vorgenommen wird. Bald darauf dürften neue Verordnungen über Futtermittel, Hafer und Gerste folgen. Die Fleischversorgung wird einstweilen keine Neuerung erfahren, da die mit der letzten Bundesratsverordnung gemachten Erfahrungen keinen Anlaß zu einer anderweitigen Regelung bieten. Die Butterversorgung ist erst kürzlich durch das Kriegsernährungsamt geregelt worden. Der Verkehr mit Zucker und zuckerhaltigen Futtermitteln wird vermutlich erst in einigen Monaten neu geregelt werden.

Gebt endlich Kartoffeln heraus!

Mahnungen an Landwirte. Mit Mahnungen und Drohungen versuchen die Landräte die profitbungrigen Landwirte, die mit ihren Produkten in der Hoffnung auf immer weitere Preissteigerung zurückhalten, einzuwirken. In einer „Gebt die entbehrlichen Kartoffeln heraus" überschriebenen Bekanntmachung des Landrats des Kreises Osthavelland heißt es: „Sämtliche verfügbaren Kartoffeln sind sofort den Gemeinde- und Gutsvorständen oder unmittelbar den von mir zugelassenen Aufkäufen des Kreises anzubieten und zu überlassen. Die Aufkäufer sind verpflichtet, ihre Tätigkeit mit größtem Eifer aufzunehmen. Jedes Verfüttern von Kartoffeln, welche zur menschlichen Nahrung dienen können, ist strengstens verboten. Bei Zuwiderhandlungen kann neben Gefängnis oder Geldstrafe im Verwaltungswege die sofortige unentgeltliche Wegnahme der gesamten entbehrlichen Kartoffelvorräte zugunsten des Kreises Osthavelland treten. Ich empfehle also größte Vorsicht. Sollten erhebliche Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen des Reichskanzlers und des Oberbefehlshabers festgestellt werden, so würde ich gezwungen sein, widerwillig, hohe Belohnungen für die Feststellung der Uebertretungen auszusetzen. Die Not ist in einzelnen Bezirken wirklich äußerst groß! Jeder helfe jetzt dem Vaterlande über den Monat Juni hinweg, was nicht durch Schelten geschieht, sondern mit Taktgefühl und Opfern!"

Eine ebenso ernste Mahnung richtet der Landrat des Kreises Demmin bezüglich der schnellen Lieferung der Kartoffeln an die Städte besonders an die Reklamierten und sonst Daheimgebliebenen. Es heißt in dem Erlaß: „Zu meinem Bedauern habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß meine Anregung, die Lieferung von Kartoffeln für die notleidenden Städte als Ehrenpflicht anzusehen, nicht allseits das richtige Verständnis gefunden hat. Ehrlos wäre es, wenn Reklamierte und Zuhausegebliebene aus Faulheit und Bequemlichkeit nicht alles daransetzten, die dringend angeforderten Kartoffeln möglichst zahlreich und rasch zu liefern, da es nur so möglich ist, unseren bescheidenen Teil dazu beizutragen, die Pläne unserer Feinde zunichte zu machen."

Was jetzt noch möglich ist!

Auch in Köln ist Kartoffelnot. Die Ration ist auf 2½ Pfund pro Kopf und Woche festgesetzt. In den nächsten Tagen wird der Verkauf ganz eingestellt. Während nun Tausende Frauen und Kinder mit leeren Körben vor den Marktballen standen, brachte es die Stadtverwaltung fertig, zurzeleichen Zeit Kartoffeln zentnerweise an Beamte, Rehrer, Rentiers, Villenbesitzer usw. abzugeben. Einzelne der Herrschaften erhielten bis zu fünf Zentner. Des Rätsels Lösung ist die, daß diese Herrschaften vor längerer Zeit die Kartoffeln bestellt hatten, und nun lieferte sie die Stadt zentnerweise ins Haus, während sie den armen Leuten nur 2½ Pfund pro Kopf und Woche gibt. Der Vorfall wird noch drastischer dadurch, daß schon seit mehreren Tagen eine Verordnung des Gouverneurs vorlag, daß Leute keine Kartoffeln kaufen dürfen, die auch nur für drei Tage Kartoffeln im Hause haben, und zu gleicher Zeit liefert die Stadt keineswegs notleidenden Leuten zwei bis fünf Zentner Kartoffeln ins Haus.

Hüben und drüben.

Von Fr. Stampfer.

In einem offenen Brief an Scheidemann hat Vandervelde auf die bekannte Kriegsziellrede des Reichskanzlers hingewiesen und aus ihr den Schluß gezogen, daß die deutsche Regierungspolitik im Osten wie im Westen auf Eroberungen ausgehe. Darauf hat nun Scheidemann in einer Rede in Breslau geantwortet, in der er mitteilte, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die bekannte Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände beim Reichskanzler Einspruch erhoben habe, und daß der Reichskanzler erklärt habe, er wolle mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben, er weise sie weit von sich und mißbillige sie aufs Schärfste.

Der Berliner Lokalanzeiger glaube jedoch seinerseits dem Reichskanzler einen Dienst zu erweisen, indem er ihn trotzdem als einen Eroberungspolitiker, wenn auch einen gemäßigten, hinstellt. Der Lokalanzeiger erinnert daran, daß die sechs Verbände nichts weniger verlangt hatten als die Annexion Belgiens, der angrenzenden französischen Küstengebiete bis zur Somme, der Kohlengebiete, der Departements Du Nord und des Pas de Calais, Angliederung von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich gelegenen Gebiete. Gegen dieses Uebermaß habe sich der Reichskanzler gewendet, wohl aber sei er für „erhöhte Grenzerweiterung, Einfallstore, Neugestaltungen usw." eingetreten.

Der Reichskanzler hat wie bekannt, die Eröffnung von Friedensverhandlungen gewünscht und dies auch öffentlich ausgesprochen. Dabei ist er wahrscheinlich von der Auffassung ausgegangen, daß man nicht gut in Verhandlungen gehen kann, ohne überhaupt etwas zu verlangen. Das Programm seiner Forderungen, das der Lokalanzeiger in einigen verwaschenen Redensarten umschreibt, war aber absichtlich in einer Form diplomatischer Vieldeutigkeit gehalten. Man kann es so auslegen, daß darin gewisse Verschiebungen der Grenze mit eingeschlossen sind, man kann sich seine völlige oder teilweise Verwirklichung aber auch so vorstellen, daß dabei kein Fußbreit fremden Bodens unter deutsche Herrschaft gebracht zu werden braucht. Lag es in der Willensrichtung der Gegner, sich über die wirklichen Absichten der deutschen Regierung zu vergewissern, so hätten sie genauere Aufklärung erhalten können. Sie hielten es aber — wie das leider auch Vandervelde tut — für richtiger, den Verhandlungsvorschlag des Reichskanzlers in ein starres Eroberungsprogramm umzudeuten und zu erklären, nun müsse desto fester drauf losgeschlagen werden.

Heute dürfte es wohl jedermann klar sein, daß der Frieden nicht an der „deutschen Ländergier" zu scheitern braucht. Hat man diese Ländergier zeitweilig an manchen Stellen vorgefunden — nicht in der deutschen Reichskanzlei, die von den Eroberungspolitikern längst in Acht und Bann getan ist — so dürfte man es sich auch dort anders überlegt haben. Die Gegner hätten es übrigens leicht, die Probe aufs Exempel zu machen, indem sie erklärten: Wir sind bereit, den Krieg zu beenden und jede Absicht auf weitere Schädigung Deutschlands aufzugeben, wenn Deutschland auf alle Eroberungen verzichtet. Würde die deutsche Regierung auf ein solches Friedensangebot nicht eingehen, sondern den Krieg zur Verwirklichung irgendeines kleinen oder großen Eroberungsprogramms fortsetzen wollen, so würde sie sofort die Sozialdemokratie und zugleich mit ihr wahrscheinlich neun Zehntel des deutschen Volks zum allerschärfsten Gegner haben.

Von solcher Friedensneigung sind aber die Gegner weit entfernt. Die russische Heeresleitung erklärt ihren Angriff mit dem vorläufigen Richtungsziel Lemberg weiter fortsetzen zu wollen, die Londoner Presse kündigt den unmittelbar bevorstehenden Beginn der großen englischen Offensive an, und in Italien ist das Kabinett Salandra von einem Kabinett noch schärferer Tonart abgelöst worden. Mittlerweile hat auch die Pariser Wirtschaftskonferenz ihre Beschlüsse veröffentlicht, die den Ententeregierungen zur Genehmigung vorgelegt werden sollen.

Danach sollen sich die gegen Deutschland kriegführenden Staaten eine gegenseitige handelspolitische Vorzugsbehandlung zuteil werden lassen, von der Deutschland und seine Verbündeten ausgeschlossen sein sollen. Gegen die „Ueberschüttung" der Mächte mit deutschen Waren sollen Vorkehrungen getroffen werden. Auch für das Ankaufen deutscher Schiffe in den Ententehäfen sollen „besondere Bedingungen" festgesetzt werden. Alles dies natürlich nicht während des Kriegs sondern nach dem Kriege!

Daß die Ausführung dieser Absichten den notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege nicht gerade erleichtern würde, kann offen ausgesprochen werden. Im Frankfurter Frieden wurde einer etwaigen Absicht Frankreichs, den Krieg auf handelspolitischem Gebiet weiterzuführen, durch die Meistbegünstigung ein Riegel vorgeschoben. Damals stand Deutschland gegen Frankreich allein, nicht auch gegen England, Rußland, Italien und Japan. Der Schaden würde diesmal viel größer sein, als es jener gewesen wäre, der durch den Frankfurter Frieden vermieden worden ist; ihn zu vermeiden, wird diesmal schwerer sein, als es damals war.

Ganz vermieden werden könnte er nur dann, wenn Deutschland bei dem Abschluß des Krieges in der Lage wäre, seinen Gegnern alle Friedensbedingungen, auch die handelspolitischen, einfach diktieren zu können. Wenn aber, was wohl zu erwarten ist, beim Friedensschluß, neben dem deutschen Willensfaktor auch noch andere zu Worte kommen, wenn es erst Verhandlungen gibt, die Zug um Zug geführt werden, dann wird man Zugeständnisse auf der einen Seite durch Zugeständnisse auf der andern erwirken müssen. Würde z. B. auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage Frieden geschlossen, so würde man wohl durch den Austausch territorialer gegen handelspolitische „Faustpfänder" zu einem Ausgleich gelangen.

Wir wollen einen Frieden, der die Einstellung aller Feindseligkeiten, auch der handelspolitischen, in sich einschließt. Dieser Frieden ist ein köstliches Gut, wert eines hohen Preises. Solange aber, bis wir ihn bekommen können, werden wir das, was wir in der Hand haben, fest in der Hand behalten müssen.

*

Die nationalliberale Magdeburgische Ztg. bemerkt:

„Wir müssen dem Abgeordneten Scheidemann die Verantwortung für seine unseres Erachtens sehr kühne Interpretation der Kriegsziele des Kanzlers überlassen. Wir sind der Ansicht, daß die Auffassung des sozialdemokratischen Führers mindestens genau so einseitig übertrieben ist, wie die Forderungen derjenigen, gegen die er seinen Vorwurf erhebt, es nach der anderen Seite einmal gewesen sein mögen. Sicherlich hat der Reichskanzler keine ungeheuerlichen Eroberungspläne. Aber ebenso sicher ist es, daß der Kanzler — und mit ihm das deutsche Volk — aus der Kriegslage die selbstverständlichen Schlußfolgerungen ziehen wird. Eroberungen zu machen, sind wir nicht in diesen Krieg gegangen. Wohl aber muß uns nach allem, was wir erlebt haben, der Krieg die notwendigen Sicherungen bringen für die Zukunft unseres Volkes. Wenn dazu mehr oder minder erhebliche Landerwerbungen nach Ansicht der maßgeblichen Stellen notwendig sind, so wird der Kanzler sie durchsetzen, ja durchsetzen müssen. Selbst auf die Gefahr hin, daß Herr Scheidemann damit nicht einverstanden wäre. Im übrigen sind diese Aeußerungen Scheidemanns nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen mit seinen früheren Ausführungen im Reichstag, als er einem Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegenüber sehr richtig meinte, daß dieser Krieg nicht vorübergehen könne, ohne daß irgendwo auch nur ein Grenzstein verrückt werde."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0002

Aus der Partei.

Die Zeitschrift Arbeiterpolitik.

Von der Redaktion des Verlags der neugegründeten Bremischen Zeitschrift erhalten wir nachstehende Zuschrift:

„Die Nachricht, die das Pressebureau bezügl. des neugegründeten Bremischen Wochenblattes Arbeiterpolitik versendet, läßt den Irrtum aufkommen, als sei es ein Kampforgan gegen die Bremer Bürgerzeitung. Die neue Zeitschrift trägt den Titel: Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Sie hat sich zur Aufgabe gesetzt, alle in der Arbeiterbewegung auftauchenden Fragen vom Standpunkt des Linksradikalismus zu beleuchten. Die Arbeiterpolitik ist eine wissenschaftliche Zeitschrift des Linksradikalismus, gleich der Glocke, die den rechten Flügel und der Neuen Zeit, die das Zentrum der Partei vertritt. Von einem Organ zur Bekämpfung der Bremer Bürgerzeitung kann darum nicht die Rede sein.

Gewerkschaftliches.

Städtische Lohnpolitik.

Der Rat der Stadt Leipzig hat in der letzten Zeit eine Anzahl Bauarbeiter für die städtischen Werke angenommen, also in gewissem Sinne die Regiearbeit eingeführt. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden; die Arbeiter haben oft im Interesse der Allgemeinheit die Regiearbeit gefordert. Aber die Art, wie der Leipziger Rat diese Maßregel durchführt, zeugt von recht wenig sozialem Verständnis.

Die zwischen Unternehmern und Arbeitern gebildeten Arbeitsgemeinschaften haben schon im ersten Kriegsjahr darauf hingewiesen, daß es unter allen Umständen notwendig sei, die Lohntarife aufrechtzuerhalten. Inzwischen sind die Lebensmittelpreise dermaßen gestiegen, daß sich die in den Tarifen festgelegten Lohnsätze als völlig unzureichend erwiesen haben und durch Teuerungszulagen und Lohnerhöhung ein, wenn auch nur ungenügender Ausgleich geschaffen werden mußte. Aber alle diese Erfahrungen scheinen für die Leipziger Stadtverwaltung wenig Bedeutung zu haben. Sie zahlt nach Mitteilungen des Bauarbeiterverbandes einem Teil der Maurer 25 Mk. Wochenlohn, wovon noch der Beitrag für die Invalidenversicherung abgeht; andere erhalten 5 Mk. Tagelohn. Da der jetzige Tariflohn für Maurer in Leipzig einschl. der Kriegszulage 83 Pf. pro Stunde oder 43,57 Mk. pro Woche beträgt, „spart" der Leipziger Rat an jedem Arbeiter wöchentlich 18,57 Mk. resp. 13,57 Mk. Das ist bezeichnend für das Maß von sozialpolitischem Verständnis, mit dem manche öffentlichen Körperschaften wichtige wirtschaftliche Probleme verhandeln. Dabei ist der Leipziger Rat durch die Kriegsarbeitsgemeinschaft im Baugewerbe besonders aufgefordert worden, bei der Vergebung städtischer Arbeiten den Unternehmern die Beachtung der Tarifverträge zur Pflicht zu machen. Mit dieser Aufgabe stimmt seine eigene „Sparpolitik" recht schlecht überein.

13. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Hannover, 10. Juni.

Zu der zweiten Kriegstagung traten in der Stadthalle die Vertreter der dem Zentralverbande in Hamburg angeschlossenen Genossenschaften zusammen. 321 Genossenschaften waren durch 848 Delegierte vertreten. Ferner waren Abordnungen anwesend u. a. von einigen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaften, dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren, dem Transportarbeiterverbande und der Generalkommission der Gewerkschaften. Die Stadtvertretung von Hannover ließ beste Wünsche übermitteln. K. Barth (München) leitete als Vorsitzender die Verhandlungen. Unter lebhaftem Beifall wurde ein Telegramm der österreichischen Bruderorganisation verlesen. Auch aus den Schützengräben waren verschiedene Begrüßungsschreiben eingegangen.

Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berichtete H. Kaufmann (Hamburg). Rund 2 600 000 Familien sind zurzeit in Deutschland den Konsumgenossenschaften angeschlossen. Mindestens eine Million der männlichen Mitglieder steht im Felde. Wichtigste Aufgabe sei jetzt die Förderung der inneren Kraft, der Eigenproduktion und des Kapitalvermögens. Mit der Größe wachse auch die Notwendigkeit, die Gesetzgebung in genossenschaftsfördernde Sinne zu beeinflussen. Die Beratungen zur Annäherung der genossenschaftlichen Zentralverbände seien im Kriege weitgekommen. In dem Dunkel dieser Tage sei die Uneigennützigkeit der Genossenschaften ein Lichtblick; sie hätten aber nicht erst den Krieg abgewartet, um ihre Uneigennützigkeit zu beweisen, sondern sie schon im Frieden bewiesen. Die Genossenschaftsbewegung stehe noch in den allerersten Anfängen ihrer Entwicklung, denn es gelte, die Bevölkerung von jeder Form der Ausbeutung zu befreien. Treue dieser Arbeit im Leben, Treue bis zum Tode!

Danach sprach Dr. Aug. Müller (Hamburg) über die Tätigkeit des Vorstandes mit besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen. Er empfahl schließlich die Annahme einer Resolution, die nachstehende Grundsätze für einen Wirtschaftsplan aufstellt:

1. Eine gleichmäßige Verteilung aller wichtigen Lebensmittel für arm und reich, für Stadt und Land unter Anwendung des Rationensystems, jedoch unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse, welche Schwerarbeiter und kinderreiche Familien in Industrie und Landwirtschaft an die Ernährung zu stellen genötigt sind.
2. Bei aller Anerkennung der Richtigkeit des Grundsatzes, daß die Anregung und Förderung der Nahrungsmittelproduktion entscheidende Bedeutung besitzt, Durchführung einer Preispolitik, die von den Produktionskosten ihren Ausgang nimmt und sich bemüht, die Erzielung besonderer Kriegskonjunkturgewinne in allen Stadien der Warenherstellung und -verteilung zu verhindern.
3. Bereitstellung Nottens seitens des Reiches und der Einzelstaaten zu dem Zwecke, den unbemittelten Volksschichten und den durch den Krieg besonders hart getroffenen Berufsgruppen eine ausreichende Ernährung auch auf Grund der Kriegspreise zu ermöglichen.
4. Zweckmäßige, sparsame Verteilung der Nahrungsmittel und uneingeschränkte Durchführung des Grundsatzes, daß hierbei die Konsumgenossenschaften nach der Maßgabe ihrer Mitgliederzahl und ihres normalen Umsatzes zu berücksichtigen sind. Anerkennung der Großeinkaufs-Genossenschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg, die in allen Bezirken Deutschlands eigene Niederlassungen und Fabriken unterhält, als gegebene Vermittlerin zwischen den Konsumvereinen und den Kriegsgesellschaften, Kommunalverbänden und andern Verteilungsstellen.
5. Verhinderung einer Preisgestaltung durch die Kommunalverbände und Gemeinden — wie z. B. bei der Verteilung von Zucker und Teigwaren in diesen Bezirken —, die wie eine indirekte Besteuerung zum Zwecke der Schaffung von Mitteln für andre, nicht mit der Lebensmittelversorgung im Zusammenhang stehende Aufgaben wirkt.
6. Entschiedene Bekämpfung aller Formen von Lebensmittelwucher, Kettenhandel und ähnliche Schwindeleinrichtungen, sowie scharfe Ueberwachung der Ersatzmittelerzeugung und Beseitigung der unlauteren Gepflogenheiten und der wucherischen Preise, die auf diesem Gebiete herrschen.
7. Besserer Ausgleich der Lebensmittelvorräte zwischen Erzeuger- und Verbrauchergebieten und Beseitigung aller derjenigen Ausfuhrverbote in Deutschland, die keinen anderen Zweck haben, als einzelnen Bezirken oder Staaten eine billigere und ausreichendere Ernährung zu ermöglichen.

In seinem Schlußworte betonte Dr. Müller, daß sich manches noch im Stadium der Vorbereitung befinde und deswegen noch nicht besprochen werden könne. Bei den gegen die Zentraleinkaufsgesellschaft erhobenen Angriffen habe sich übrigens oft herausgestellt, daß Leute dahintersteckten, die selber zu der edlen Zunft der Kriegswucherer gehörten. Dem Wohle der Volksgesamtheit müßten sich die einzelnen Bezirke unterordnen, und wenn z. B. im Rheinlande mal etwas unangenehm empfunden werde, so müsse man sich eben mit dieser Erkenntnis trösten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

A. v. Elm (Hamburg) erstattete einen Bericht über die Errichtung einer Arbeitsvereinigung mit der Generalkommission der Gewerkschaften betr. die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben. Beteiligt sind die Verbände der Bäcker, Buchbinder, Fabrikarbeiter, Fleischer, Handlungsgehilfen, Metallarbeiter, Tabakarbeiter und Transportarbeiter. Nach den aufgestellten Grundsätzen ist weitestes Fürsorge für die Kriegsteilnehmer vorgesehen; sie werden ihre Stellungen wiedererhalten, soweit es die Betriebsverhältnisse nur irgendwie gestatten. Die Vorschläge wurden einstimmig gutgeheißen.

Die Verhandlungen des zweiten Tages begannen mit einem Referat von Hugo Bästlein (Hamburg) über Rückvergütung und Sparrabatt der Konsumvereine. Eine Beseitigung der Rückvergütungen sei nicht zu empfehlen, aber auch nicht ihre unveränderte Beibehaltung. Die Konsumvereine müßten bei ihren Beschlüssen davon ausgehen, daß durch sie eine kräftige Entwicklung nach dem Kriege, wo besonders hohe Anforderungen zu erwarten seien, gesichert werde.

Val. Liebmann (Frankfurt a. M.) behandelte die Frage des Ausbaues der Organisation in Beziehung auf die Erhaltung einmal gewonnener Mitglieder. Konsumgenossenschaften, die Glieder durch Wegzug verlieren, sollen die in Betracht kommende Genossenschaft des Zuzugsortes rechtzeitig benachrichtigen. Vielleicht wird damit auch ein gewisser Austausch der Unterstützungseinrichtungen verbunden werden, damit kein Mitglied einmal erworbene Rechte durch den Umzug verliert.

Mit lebhaftem Beifall wurden die Ausführungen von H. Lorenz (Hamburg) über die internationalen Beziehungen aufgenommen. In Unterstützungsfragen ist festzustellen, daß aus englischen Genossenschaftskreisen für die Unterstützung belgischer und französischer Vereine 2600 Pfund beigetragen sind. Der leitende Ausschuß habe sich wiederholt mit dem Gedanken beschäftigt, eine Friedenskundgebung zu veranstalten. Aber zu irgendwelchen praktischen Maßnahmen sei es aus leicht begreiflichen Gründen nicht gekommen. Der vorgesehen gewesene internationale Genossenschaftstag in der Schweiz muß ausfallen. Das einzige Mittel, die internationalen Beziehungen zu pflegen, sei jetzt die wiederum gesicherte Ausgabe des Bulletins, das in drei Sprachen erscheine und in Deutschland 1300 Bezieher zähle. Es scheine sich doch ein besseres Verständnis der Haltung vorzubereiten, die die deutschen Konsumgenossenschaften zum Kriege eingenommen haben. Leider meinten aber die ausländischen Freunde noch immer, daß sie uns von irgend etwas befreien müßten, und diese merkwürdige Auffassung trete besonders in Frankreich hervor. Wir könnten dem — und allem andern gegenüber nur wünschen, daß recht bald, nach dem Wort des Prinzen Alexander zu Hohenlohe, die vernünftigen Elemente auf beiden Seiten anfangen möchten, vernünftig und höflich miteinander zu reden.

Den Bericht der Fortbildungskommission erstattete mit wenigen Worten Dr. A. Müller. — Hieran schloß sich die Berichterstattung über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes durch H. Kaufmann (Hamburg). Die Mitgliederzahl ist infolge der Kriegsverluste etwas gefallen. Am Schlusse des Berichtsjahres waren 3062 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen. Das Kassenvermögen beträgt fast 5½ Millionen Mark.

Ueber die Tätigkeit des Tarifamtes berichtete wieder Dr. A. Müller. — Den Ausschußbericht erstattete A. v. Elm, indem er bemerkte, daß der Ausschuß mit der Tätigkeit des Vorstandes durchaus einverstanden gewesen sei. Bei den Revisionen habe sich alles in Ordnung befunden. Der Ausschuß beantrage, den Vorstand zu entlasten. Dem Antrage wurde entsprochen.

Weiter erfolgte die Vorlegung und Genehmigung der Verbandsrechnung, die für 1915 mit 257 695 Mk. abschließt. Im Anschluß daran erklärte sich der Genossenschaftstag auch mit den vom Vorstand und Ausschuß beantragten Zuwendungen an die Revisionsverbände einverstanden. Die Abschlüsse wurden genehmigt und der Vorstand entlastet.

Aus dem Vorstand scheiden turnusmäßig aus die Genossen Barth und Lorenz. Die Wiederwahl erfolgt durch Zuruf und einstimmig. Ebenso wurden die bisherigen Ausschußmitglieder v. Elm, Poppig und Dr. Staudinger durch Zuruf von neuem in diesen Aemtern bestätigt. — Der Voranschlag des Zentralverbandes für 1916/17 schließt mit 17 000 Mk. Einnahmen und Ausgaben ab. Die Beiträge sollen nach den bisherigen Sätzen erhoben werden.

Darauf schloß der Vorsitzende die Verhandlungen dieser Tagung mit besten Wünschen für die Zukunft und in der Hoffnung, daß die nächste Tagung unter friedlichen Verhältnissen stattfinden werde. Diese Tagung des Jahres 1917 werde voraussichtlich in Nürnberg abgehalten werden.

Aus der Provinz.

Die Bergarbeiterverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Riesengewinne der Gruben — niedrige Löhne für die Arbeiter.

Durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen sind auch im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenrevier einschl. Sachsen und Altenburg die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter wesentlich verschlechtert worden. Hingegen ist die Lage der Braunkohlen- und Brikettindustrie eine ganz ausgezeichnete, denn die Reingewinne der meisten Gesellschaften sind nicht nur gegenüber den Jahren vor dem Kriege stabil geblieben, sondern haben noch eine wesentliche Steigerung erfahren. Welche enormen Gewinne in der Braunkohlen- und Brikettindustrie auch während des Krieges erzielt worden sind, mögen folgende Angaben aus den Geschäftsberichten einiger Gesellschaften für 1914/15 lehren.

Anhalter Kohlenwerk in Halle a. d. S.: Rohgewinn 1 805 805,18 Mk., Abschreibungen 992 640,— Mk., Reingewinn 910 498,91 Mk.

Hallische Pfännerschaft in Halle a. d. S.: Rohgewinn 1 031 090,58 Mk., Abschreibungen 575 797,16 Mk., Reingewinn 516 257,48 Mk.

Riebeckische Montanwerke in Halle a. d. S.: Rohgewinn 9 073 737,48 Mk., Abschreibungen 5 430 975,26 Mk., Reingewinn 3 642 762,24 Mk.

Werschen-Weißenfelser Aktiengesellschaft in Halle a. d. S.: Rohgewinn 2 735 105,82 Mk., Abschreibungen 1 314 204,28 Mk., Reingewinn 1 420 901,54 Mk.

Karoline bei Offleben: Rohgewinn 947 849 Mk., Abschreibungen 490 949 Mk., Reingewinn 456 900 Mk.

Aktiengesellschaft Braunkohlen- und Brikettindustrie in Berlin: Rohgewinn 3 319 681 Mk., Abschreibungen 1 500 000 Mk., Reingewinn 1 352 669 Mk.

Ilse Bergbaugesellschaft, Niederlausitz: Rohgewinn 11 614 404 Mk., Abschreibungen 3 950 879 Mk., Reingewinn 4 347 975 Mk.

Aktiengesellschaft Eintracht in Neu-Welzow: Rohgewinn 4 541 917 Mk., Abschreibungen 1 555 613 Mk., Reingewinn 2 626 473 Mk.

Niederlausitzer Kohlenwerke in Berlin. (Diese Gesellschaft hat auch im Leipzig-Bornaer Revier drei große Werke: Kraft I, II und III.): Rohgewinn 5 500 227 Mk., Abschreibungen 2 200 800 Mk., Reingewinn 2 494 620 Mk.

Leonhard in Zipsendorf: Rohgewinn 1 018 623,74 Mk., Abschreibungen 484 088,27 Mk., Reingewinn 534 535,47 Mk.

Die Drehlitzer Aktiengesellschaft in Meuselwitz sagt in ihrem Geschäftsberichte, daß das Geschäftsjahr einen Mehreingenwinn gegen das Vorjahr von 76 014,21 Mk. gebracht habe und daß, trotz Rückstellung von 58 000 Mk. zur Kriegsgewinnsteuer eine Dividende von 25 Prozent gezahlt werden könne.

Dora und Helene in Großzössen zahlten 16 Prozent Dividende und die Kulkwitzer Kohlenwerke bei Markranstädt 10 Prozent. — Die Deutsch-Oesterreichische Bergwerksgesellschaft, wozu die Witznitzer Werke bei Borna und die Beunaer Werke gehören, warfen 12 Prozent Dividende aus.

So könnte die Liste der Gesellschaften, die ungeheuer große Reingewinne in der Kriegszeit erzielten, noch vermehrt werden, aber es genügen wohl die angeführten, um zu beweisen, daß es die Unternehmer in der Braunkohlenindustrie verstanden haben, auch die Kriegszeit für sich voll auszunutzen.

Dieses günstige Ergebnis wurde erreicht einerseits durch Einstellung einer sehr großen Zahl von Gefangenen und Internierten, wodurch die Gestehungskosten niedrig wurden, andererseits aber hauptsächlich durch die äußerste Ausnützung der Arbeitskräfte der heimischen Arbeiter, sowohl in der laufenden Schichtzeit, als auch durch Verfahren von Ueberschichten und Sonntagsschichten. Denn obwohl fast alle leistungsfähigeren Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen wurden und die Gefangenen nach den Geschäftsberichten höchstens eine Leistung von 50 bis 55 Prozent der heimischen Arbeiter erreichten, ist doch die Gesamtproduktion, sowohl an Rohkohle wie Briketts, noch wesentlich gestiegen. Weiter trägt zu diesen günstigen Ergebnissen aber auch die wiederholte Preissteigerung der Produkte sowie die vollständig ungenügende Lohnzahlung an die heimischen Arbeiter bei. Die Arbeiter, die das Verfahren von Ueberschichten und Sonn- und Festtagsschichten als im Interesse der Erhaltung der Industrie und des Vaterlandes für notwendig ansahen, glaubten, die Unternehmer würden nun mit derselben Selbstverständlichkeit auch die Löhne so weit erhöhen, daß wenigstens einigermaßen ein Ausgleich mit den immer mehr steigenden Lebensmittelpreisen hergestellt würde, noch dazu, da die Arbeiter heute wissen, daß die Werke auf Grund der günstigen Konjunktur zur Lohnerhöhung in der Lage waren. In diesen Hoffnungen haben sich die Arbeiter aber leider gründlich getäuscht. Die Gedingesätze sind nicht erhöht worden. Wenn das Einkommen der Arbeiter gestiegen ist, was nicht bestritten werden soll, so ist dieses nur auf die Mehrleistung und die Ueberarbeit zurückzuführen. Das beweist auch die amtliche Lohnstatistik für den Oberbergamtsbezirk Halle.

Es verdienten danach im Jahre 1914 im Durchschnitt die unterirdisch oder im Tagebau beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, das waren nur 40,8 Prozent der gesamten Belegschaft, pro Schicht 4,19 Mk. Im Jahre 1915 dagegen verdienten 37 Prozent der gesamten Belegschaft 4,15 Mk. pro Schicht. Die 60 Prozent resp. 63 Prozent der Belegschaft — das ist der größte Teil — verdienten bedeutend weniger. Aber selbst wenn alle Arbeiter den Lohn von 4,15 Mk. pro Schicht im Jahre 1915 verdient hätten, so wäre auch nicht im entferntesten ein Ausgleich gegenüber den Lebensmittelpreissteigerungen im Jahre 1915 vorhanden. (Schluß folgt.)

Ernteurlaub für Schulkinder.

Ueber die Beurlaubung der Schulkinder zu den diesjährigen Erntearbeiten hat der Minister eine umfangreiche Verfügung erlassen. Danach können Klassenlehrer und -lehrerinnen selbständig bis zu einem Tage, alleinstehende Lehrer, Hauptlehrer und Rektoren bis zu einer Woche, Ortsschulinspektoren und Rektoren ohne Ortsschulaufsicht bis zu vier Wochen und Kreisschulinspektoren auf längere Zeit Urlaub für Erntearbeiten erteilen. Die Gesuche sind sofort zu erledigen, ohne daß den Angehörigen der Kinder Schwierigkeiten erwachsen, weil die Hilfeleistung der älteren Schulkinder in diesem Jahre noch nötiger sind als im vorigen Jahre. Die Verfügung gilt für die Dauer des Krieges.

Eisleben. Wechsel im Landratsamt. Mit dem 1. Juli scheidet Landrat von Wedel aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amte. Landrat Dr. v. Mettenheim aus Rotenburg (Regierungsbezirk Stade) übernimmt deshalb mit dem 1. Juli die kommissarische Verwaltung des hiesigen Landratsamtes. Dr. v. Mettenheim war früher Regierungsassessor in Weißenfels.

Sangerhausen. Zur Fleisch- und Kartoffelversorgung. Um der augenblicklichen Fleischknappheit etwas vorzubeugen, hat der Kreisausschuß beschlossen, einen großen Posten Gefrierfleisch zu übernehmen, der schon in den nächsten Tagen eintreffen soll. In anderen Städten sollen angeblich mit dem Gefrierfleisch gute Erfahrungen gemacht worden sein, wobei allerdings Vorbedingung sei, daß es sofort verbraucht werde. Vom Kreisausschuß wird vorausgesetzt, daß die Einwohner das Fleisch restlos abnehmen, da sonst mit der Anschaffung ein großes Risiko für die Kreiskasse verbunden wäre. — Weiter wird es möglich sein, vom 1. Juli an Frühkartoffeln zu erhalten. Allerdings kostet der Zentner 12 Mk. Hierzu wird mitgeteilt, daß es nicht verboten sei, neue Kartoffeln in geringen Mengen über die Kreisgrenzen zu bringen. Nur bei Waggonladungen bestanden gewisse Beschränkungen.

— Maßnahmen zum Kirschenverkauf. In einer seiner letzten Sitzungen beschloß der hiesige Magistrat, daß in die Pachtverträge mit den Händlern, die städtische Obstanlagen gepachtet haben, der Verbehalt aufgenommen wird, eine gewisse Menge Obst jeden Sonnabend auf dem Markte zum Preise von 20 Pf. für das Pfund zum Verkaufe zu stellen. Diese Maßnahme wird hoffentlich der Ueberversteigerung entgegenwirken und den unnötigen Preistreibereien ein Ziel setzen.

Kelbra. Zur Kirschenernte macht der Magistrat bekannt: Da die Unkosten für Unterhaltung der Kirschberge nicht höher als in früheren Jahren sind, liegt kein Anlaß vor, die Kirschen zu übermäßig hohen Preisen den Einwohnern anzubieten. Falls dies trotzdem geschieht, werden wir von den bei Verpachtung der städtischen Kirschplantagen festgesetzten Bedingungen Gebrauch machen und 25 Prozent der Kirschenernte zum Großhandelspreise übernehmen und zu diesem Preise an die Einwohner weiterverkaufen. Die Einwohner, die Kirschen zu einem entsprechenden Preise nicht bekommen können, wollen ihren Bedarf bei uns anmelden.

Köthen. Das Großfeuer. Wie von gestern abend drahtlich gemeldet wird, war der Brand des Kurhauses Mutzer Ritter bis dahin zwar noch nicht gelöscht, wohl aber auf seinen Herd beschränkt. Begründ eine Gefahr, daß das Feuer noch auf Nachbargrundstücke übergreifen könne, besteht nicht mehr. Den vereinten, unermüdlichen Anstrengungen des Militärkommandos der Jäger und der zahlreichen Feuerwehren ist es auch gelungen, das Elektrizitätswerk vor dem gierigen Element zu schützen. Immerhin ist der Schaden, den das Feuer bisher angerichtet hat, beträchtlich. Er soll schätzungsweise etwa 300 000 Mark betragen, aber durch Versicherung voll gedeckt sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater ½9 Uhr.

Heute, Donnerstag, zum 4. Male: 1025

„Der Trompeter von Säkkingen"

Romantisches Schauspiel mit Gesang in 7 Bildern.
Musik von H. Brenner u. Viktor E. Nessler.

Jägergasse 1. **Oberpollinger.** Jägergasse 1.

35 Täglich des berühmten Damen-Salon-Orchesters **Gr. Konzert** **Victoria,** 6 Damen, 2 Herren.

Schöner, angenehmer, kühler Aufenthalt.

Um gütigen Zuspruch bittet **Frau Elsa Beth-Winter.**

Pfälzer Schiessgraben

Täglich: **Gr. Frei-Konzert.** 3

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

Holzarbeiterverband Halle a. S.

Sonnabend, 24. Juni, abends 8½ Uhr im „Gewerkschaftshause", Harz 42/44

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie.
2. Die am 1. Juli laut unseres Vertrages eintretende Arbeitszeit-Verkürzung.
3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

1019 **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Halle a. d. S.

Sonntag den 25. Juni, nachm. 3½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Harz 42—44:

Außerordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß dieselben in der Versammlung erscheinen. Da Beschlüsse von großer Bedeutung gefaßt werden sollen, agitiere jeder für guten Besuch.

1018 **Die Ortsverwaltung.**

Konsum- u. Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend

(e. G. m. b. H.)

Sonntag, den 25. Juni cr., nachmitt. 3 Uhr, im Restaurant „Tivoli", Bahnhofstrasse, zu Merseburg:

Ausserord. General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Ankauf eines Grundstücks.
2. Anträge der Mitglieder nach § 14 des Statuts.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Aufsichtsrat. J. A.: **Adolf Thieme.** *304

— **Der Zutritt ist nur Mitgliedern gestattet.** —

Konsum-Verein Eilenburg und Umg.

Wegen vorzunehmender **Jahres-Inventur** bleibt unser

Schnittwaren-Geschäft

Montag, den 26., Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. ds. Mts., geschlossen.

*318 **Der Vorstand:** Schmidt. Klingner.

Arbeiter

schützt Euch vor Steuer-Ueberschätzung!

Schafft Euch das

Lohnbuch zu Steuerzwecken

mit seinen praktischen Ratschlägen an. **Preis 30 Pfg.**

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung Halle (S.),

Harz 42/44.

Volkspark Burgstrasse 27.

Dienstag, 27. Juni, abends 8½ Uhr (im Garten)

Gr. Bunter Abend

ausgeführt von

Fräulein **Anni Kühns,** Opernsängerin,
Fräulein **Traude Gagelmann,** Opernsängerin,
Herrn **Kurt Zilliger,** Opernsänger,
Herrn **Max Krause,** Opernsänger,
am Klavier: Herr **Vandsburger.**

Das reichhaltig, gut gewählte Programm bietet neben Volksliedern Teile der beliebtesten Operetten.

Am Schluss kommt das Lustspiel mit Gesang:

Die Schmetterlinge

zur Aufführung.

Programme sind bereits im Vorverkauf für **25** Pfennig zu haben: In der Volks-Buchhandlung, Harz 42/44; in den Zigarrengeschäften von Albrecht, Lindenstrasse 58; Spengler, Geiststrasse 5; sowie im „Volkspark". — An der Kasse beträgt der Preis **30** Pf., einbegriffen die städtische Billettsteuer. 1024

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Die Geschäftsleitung.**

Vom 23.—29. Juni.

Passage-Theater Leipzigerstrasse 88 Fernspr. 1224

Astoria-Lichtspielhaus Alte Promenade 11a Fernspr. 5738

Eine Sensation!

Das Phantom der Oper.

4 Akte.

Nach dem bekannten Roman von **Gaston Leroux.**
Verfasst u. inszeniert von **Ernst Matray.**

In den Hauptrollen:

Egede Nissen, Nils Crisander, Ernst Matray und Dr. Prasch.

Artur Meiers Flitterwochen. Schwank in 8 Akten.

Rita Sacchetto

in ihrer neuen Gastrolle:

Die Panthergräfin

Kriminal-Novelle in **4** Akten.

Ein Meisterwerk lebenswahr. Verkörperung durch die geniale Künstlerin.

Das Fräulein und der Papa. Prächtiges Lustspiel in **3** Akten.

Neueste Kriegsberichte usw. usw. 1030

Marke Waschbär ist die beste [464 **Dauerwäsche.** Kl. Berlin 2, 1 Tr.

Tolles Zahnweh stillt **Dr. Bufleb's** destill. Zahntropfen, à Flasche 50 Pfg. Zu haben in sämtlichen Drogerien. *178

Neuheit! D. R.-G.-M. 588225. **Neuheit!**

Ermittelung der Wechselräder bei Gang-Millimeter und Modulgewinden

ohne zu rechnen, für Drehbänke mit Leitspindel von 2, 3 u. 4 Gang auf 1" engl. Preis 1 Mark. Porto nach auswärts 5 Pfg.

Allein-Verkauf **Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.**

Bad Wittekind.

Freitag, den 23. Juni 1916, nachmittags 3½ Uhr:

Kur-Konzert

vom Stadttheater-Orchester.
Leitung: 1023
Kapellmeister **Karl Nöhren.**
Eintrittspreis 35 Pfg. pro Person.

Achtung, Hausfrauen!

Zahle für wollene Strumpfabfälle **höchste Tagespreise,** sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 936
Zahle auch für gebr. Säcke jeder Art höchste Tagespreise.

Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

1021 **Nachtigallen,** Rotkehlchen, Amseln usw., fressen am liebsten mein **Universal-Futter.** Tägl. frisch gemischt.

Mehlwürmer, Schock 15 Pf.
Körner-Kücken-Aufzuchtfutter.

O. Kramer, Mittelwache 9/10.

Zöpfe

von 3, 4, 6, 8, 10 bis 20 Mark, Versand nach Einsendung einer Haarprobe, kaufen Sie am besten bei

Zopf-Siebert,

Halle a. d. S., nur Leipzigerstr. 33 u. 79 I.

Kopfwäsche mit Frisur **80 Pfg.** 1028

Möbel jeder Art 1027

kaufen Sie am besten direkt in der

Möbelfabr. C. Hauptmann,

Kl. Ulrichstr. 36 a u. b.

Riesenauswahl a. in einf. Möbeln.

Alle Preise! Günstige Zahlungsbedg.!

Brotkartenmappen,

zur Aufbewahrung u. Schutze der Brot- und Lebensmittelkarten, empfiehlt zum Preise von 20 Pf.

Volks-Buchhandlung, Halle a. d. S., Harz 42/44.

Sämtliche Austräger des Volksblattes nehmen Bestellungen entgegen.

Familien-Nachrichten.

:: Metallarbeiter-Verband. ::

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Franz Oliveri

nach langem Krankenlager verstorben ist. 1026

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 23. Juni, nachm. 4 Uhr, vom Südfriedhofe aus.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Erscheint wöchentl. einmal — **Halle a. S.-Land** — Zur Beachtung empfohlen

Ammendorf Throuicker & Lipffert, Cigarr.-F., Halleschestr. 22 Bahnhofstr. 2a

Bolzorn **Roland-Brauerei** ff. Lagerbier, Einfachbier, hell u. dunkel. Fabr. alkoholfr. Getränke

Bitterfeld R. Kresse, Fleischer., ff. Wurstwaren, Brauert., Ecke Neuestr. — G. Haack Saiten, Burgstr. 49. — Gebr. Rauch Spezialgeschäft für Herr.-Artikel Bastei 5 — H. Böhl Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40 — L. Trebitzsch Cigarr., Cigaretten Edenstr. 58.

Bockwitz Häserei Finsterwalde

Delitzsch W. Brade Eilenb. Str. 20, Eisenw. Haus- u. Küchengar. — W. Rehn, Brotbäckerei. — H. Kiesslar Kinderwag. Korbwaren — Walter Seidel Kolonialwaren Einburgerstr. 53

Dölitzsch **Oscar Gröbel** Lager sämtlicher Bedarfsartikel

Dölzen a. M. Mich. George Cigarr.-, Cigaretten- u. Tabakhandlung — Brückenschänke Karl Zinke Brot- Weiß- und Feinbäckerei.

Hettstedt **S. Rosenberg** Konfektion und Manufakturwaren

Könern **Ed. Letz & Co.** G. m. b. H. Kolonial-, Manufaktur- und Eisenwaren.

Mühlberg a. E. H. Schmidt Bäckerei, Lieferf. d. Kons. Wenzendorf

Merseburg Menschauer Mühle, G. m. b. H. Merseburg Herstellung von Ia Weizen- u. Roggenmehlen, alle Sorten Futterartikel in best. Qualität zu billigsten Tagespreisen. — **Max Schneider** Fahrr., Nähm., Sprechapparate, Reparaturwerkst. Reichmannst. 16 — H. Ebert Mechaniker, Optiker — H. Heilermann Gotthardtstr. 39 H. Fleischer, Wurstw.

Ortrand H. Walther Hüte, Mützen, Filzwaren, Herr.-Artik. — **Sangerhausen** **Herm. Bader** Apoth. Sangerhausen gegr. 1668 Liefert für alle Krankenkassen. Allopatie u. Homöopatie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien. — **Wittmer Becker** Cigarren, eig. Fabrikation. Sangerhäuser Färberei und chem. Waschanstalt. Ulrichstr. 5 — W. Tausendschön Möbelmagaz. Verteilhf. Bequ.

Pleißeritz Otto Blabka, Bäckerei.

Torgau Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz** Dresdner Waldschlößchen-Biere sind in Qualität unübertroffen Lieferung frei Haus. Fernsprecher Nr. 412 — **Paul Kobisch** Kaufhaus Bäckerstr. 6 — E. Weisvange Blumenspeschäft Bastei-Gärtnerei

Wittenberg **Gasthof zum Holzmarkt** Bürgerlicher Mittagstisch Logis von Mk. 1.— an. Tel. 222 40 Betten. Prop. Richter.

Wittenberg Das edelste Qualitätsbier ist **Aktien-Bier** A. G. Wittenberg. — Gert. Krüger Werkzeuge-Eisenwaren Wirtschaftsartikel — Aug. Linke Hüte Mützen, Felle u. Filzwaren. — **A. Strensch Nachfg.** Galanterie-, Kurz-, Spiel- und Eisenwaren, Glas, Porzellan, Haus- und Küchengeräte. — **Schloß-Drogerie** Koswigerstr. 29 beste Bezugsquelle für Farben und Drogen — Zahn u. Hartmann Kolonial-, Eisen-, Kurzwaren, Werkzeuge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0004

Halle, 22. Juni.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 144 — 1916

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

„Ja seht, Herr, es kam so. Es war gestern morgen, in der Frühe, wo die Leute noch am Dreschen sind, und noch keine Seele nicht draußen ist auf den Feldern und Aeckern, denn die Pferde fressen ihren Morgenhafer und unter den Kühen sitzen die Mägde in den Ställen und melken. Da gehe ich geruhig vom Hause aus, durch die Dornberger Wiesen; ich wollte nach Hilleswagen, wo gestern Kirmes war und wo ich aufspielen sollte und wo ich auch aufgespielt habe mit meiner Geige, bis daß die Gendarmen kamen und nach meinem Gewerbeschein fragten und mich hierher in die Prison brachten. Nun also, wie ich so durch die Dornberger Wiesen gehe und komme an die rote Heuscheuer, die mitten drin auf dem kleinen Bühel liegt — wenn Ihr die Gegend kennt, Herr — da höre ich ein wunderlich Gestöhne und Geseufze darin, in der Scheuer, und so gehe ich näher und lege mein Ohr an die Wand und nun höre ich richtig eine Menschenstimme drin seufzen und jammern, daß ich denke, es liege irgendein Zigeunerweib drinnen im Heu, die sich just anstrengt, der Welt ein funkelnagelneues Sträflchlein zu schenken. So gehe ich um die rote Scheuer herum bis auf die Seite, wo die Tür ist, und stecke meinen Kopf hinein, und da höre ich sagen: Wer ist da? Ist da jemand? Ich denke, die Stimme kennst du, und so gehe ich näher, und da finde ich in das Heu eingewühlt meinen Deserteur, den Johannes, mit einem Gesicht so bleich wie der Tod . . ."

„Kanntet Ihr ihn denn?" unterbrach hier Richard die Erzählung.

„Freilich kannt' ich ihn; er hatte sich schon früher, dazumal, wie er von den Soldaten weggelaufen war, an mich gehängt und hatte partout von mir einen Rat haben wollen, wo er bleibe und sich verstecke, denn über die Grenze, ins Preußische hinein, wollte er nicht, da kannten sie ihn wohl schon von früher her, und er mochte vor dem Willkomm bange sein, den er drüben finden werde. Also da finde ich ihn in das Heu versteckt und mit einem Gesicht guckt er mich an, nun, ich kann es Euch nicht sagen, wie; denn Ihr, Herr, kennt solche Gesichter nicht; aber ich, ich kenne sie und habe mehr damit zu tun, wenn auch just nicht bei Tage und hellem Sonnenlicht. Und so sage ich: Was, seid Ihr es, Johannes? Und wie kommt Ihr hierher, in die rote Scheuer, mit Euerm Gestöhn?

„Er aber sagte nichts als: Holt mir Wasser, Spielmann, holt mir Wasser, ist bitte Euch um Gottes willen.

„Wasser? — darum habt keine Sorge, wenn es auch ein bißchen braun ist und nach Torf schmeckt in den Wiesengräben, sage ich, und so gehe ich und hole ihm Wasser in meinem Hut. Das trinkt er in sich hinein wie ein Sandhügel, sag' ich Euch, Herr; und dann frag' ich: Aber nun redet, Johannes, was stöhnt Ihr und was ist Euch wiederfahren?

„Ich habe den Tod in den Eingeweiden, sagt er — der Graf von Epaville hat's mir angetan, da seht her und so zeigt er seine Seite, und ich versichere Euch, Herr, sie sah übel aus!

„Johannes, sag' ich, ich will ins nächste Dorf gehn, zum Vorsteher, daß er Euch holen läßt und daß Euch ein Doktor oder Feldscher in die Kur bekommt. Aber er will nichts davon hören; laßt mir den Doktor und den Vorsteher weg, stöhnt er, die können mir doch nichts mehr helfen, ich will nichts von ihnen wissen. Bleibt Ihr bei mir, Spielmann, und holt mir noch einmal Wasser.

„So ging ich abermals ihm Wasser holen, und danach mußt ich bei ihm im Heu sitzen und da hat er mir alles erzählt, ganz der Reihe nach, und wie ich's Euch vorhin gesagt habe, daß es gekommen ist. Auch daß er eigentlich Johannes Selke heiße und schon früher allerlei auslaufen lassen, was nicht wohlgefällig macht bei Gott und den Menschen. Schwarz hat er sich genannt gehabt in der Regimentsliste, aber von Hause aus hat er Selke geweißen. Zwei, drei Stunden habe ich bei ihm gesessen, und es ist nicht besser und auch nicht viel schlimmer mit ihm geworden; und so kommt endlich ein Schäfer mit seinen Schafen in die Wiesen bei der roten Scheuer und dem habe ich gewinkt und habe ihm gesagt, wie daß ein Mann auf den Tod läge in dem Heu und daß er nach ihm sehen solle; und der Schäfer ist auch hineingegangen und hat ihn gleich besser verbunden, als er selbst und ich es verstanden. Und dann habe ich es dem Johannes versprochen, daß ich den Abend desselben Weges zurück daherkommen wollte und nach ihm sehen würde. Und so bin ich endlich weitergegangen, meinem Geschäft nach, gen Hilleswagen; für das Wiederkommen aber haben die Gendarmen gesorgt, die mich mitgenommen haben, hierher — und nun wißt Ihr alles. Aber vor den Gerichten sage ich nichts aus, bis ich wieder frei bin und sehen kann, ob der Mann tot ist. Daß ich gehen und ihn bei Gericht angeben sollte, dazu hat der Johannes mir's nicht erzählt!"

Richard von Hucarde schwieg nach dieser Erzählung des Spielmanns. Er hatte während derselben seinen Entschluß gefaßt.

Als nach einer Weile der Gefängniswärter kam, um ihm ein anderes Lokal, eine Zelle für ihn allein, anzuweisen, drückte er diesem ein Geldstück in die Hand und bat ihn, ihm Schreibzeug und Papier und Licht zu bringen. Der Mann verschaffte ihm das Gewünschte augenblicklich, da es nicht gegen das Reglement eines Polizeigefängnisses verstieß, und Richard setzte sich auf seinen Strohstuhl, um sofort einen langen Brief an die Gräfin von Epaville zu schreiben.

Die Gräfin erhielt noch an demselben Abend den Brief Richards. Mit der Enthüllung, daß der Deserteur Johannes Selke heiße, wird der Mord ihres Gatten alles Rätselhaften für sie entkleidet. Sie wußte, daß dieser Mensch ihm den Tod geschworen, weil Graf Antoine vor Jahren, als er sich am Hofe seines Oheims, des Herzogs von Anglure, aufhielt, den bittersten Haß des Mörders sich zugezogen hatte.

Vierzehntes Kapitel.

Eine Hofgesellschaft.

Großherzog Murat hatte seinen Hof um sich versammelt. Seine Offiziere, Beamten, Diplomaten, Hofchargen, Leute, die aus den verschiedensten Enden der Welt zusammengewürfelt waren und die mannigfaltigsten Physiognomien zeigten — den deutsch-sächsischen und den rheinländisch-fränkischen Typus, den des Franzosen und den des Sohnes des südlichen Gallien, der mit dem spitzen Schädel, den dunkeln und mandelförmigen Augen und dem gelben Teint sein Anrecht auf die Abstammung von dem alten keltisch-gallischen Stämmen dartut — sie füllten die Säle des am Ende des Hofgartens bei Düsseldorf liegenden kleinen Schlosses Der Jägerhof. Man spielte, man machte Konversation — und dies ziemlich laut für eine Hofgesellschaft, oder man machte den Damen den Hof, und dies noch lauter und ungenierter. Murat hatte von Jugend auf die Gewohnheiten des Feldlagers zu sehr in sich aufgenommen, um nicht etwas davon an seinen improvisierten Hof zu bringen. Wie sein kaiserlicher Schwager aus den zurückgebliebenen Elementen der alten hohen Aristokratie den Kern einer neuen Hofgesellschaft um sich zu versammeln und diese mit einer neuen strengen Etikette zu umgeben — dazu hatte er weder die Lust noch auch die Möglichkeit, denn er fand sene Elemente gar nicht vor; sein neuer Herrschersitz hatte stets nur sehr wenig davon besessen. Was etwa davon heute um ihn versammelt war — die hervorragendste Gestalt darunter war jedenfalls sein Minister Nesselrode — das war höchst eifrig beflissen, seine „steifen" deutschen Manieren zu verstecken und in den ausgelassenen französischen Ton einzustimmen, um an den Tag zu legen, daß, wenn man auch nicht zu dem bevorrechteten glorreichen Volke der Franzosen gehöre, sondern leider nur ein Deutscher sei, man doch wenigstens verdiene, die Ehre zu haben, der großen Nation anzugehören! Wer Zeuge war, mit welchem Eifer die Bewohner und namentlich die höhern Klassen der zu den politischen Schöpfungen Napoleons, wie das Königreich Westfalen oder das Großherzogtum Berg, geschlagenen Lande beflissen waren, sich zu verfranzösieren — der mußte zu der Ueberzeugung gelangen, daß, wären es Deutsche gewesen, die unser Herrgott in alle Länder der Welt zerstreut, wie er die Juden zerstreut hat, es um das Deutschtum heute schlecht aussähe. Allen möglichen fremden Nationen unterworfen, von ihnen gedrückt und verachtet, würden wir Deutsche sicher längst alles das abgeschworen haben, was die Juden sich mit achtungswertem Volksbewußtsein bis auf diese Stunde nicht haben rauben lassen, ihre Sprache, ihre Sitten, ihren Glauben, und ihren Gottesdienst . . . wir Deutschen, fürchten wir, hätten das alles längst abgeschworen, wir hätten uns das blonde Haar gefärbt und unsere Sprache würde nur noch aus alten verschollenen Urkunden den Gelehrten bekannt sein!

Daß in den strahlend hellerleuchteten Sälen des Jägerhofs kein deutsches Wort laut wurde, brauchen wir nicht zu erwähnen. Die Herren in den glänzenden Uniformen debütierten ihre Fleuretten, ihre Bonmots und ihre Zweideutigkeiten auf französisch, und die Damen in ihren weitausgeschnittenen, engen, kurzen Roben erwiderten sie in demselben Idiom . . . es war bewundernswürdig, wie schnell sie es gelernt hatten!

In einem der letzten Zimmer der Reihe, einem großen Kabinett, stand der Spieltisch des Großherzogs. Graf Beugnot, dessen Gemahlin und der Graf Nesselrode bildeten die Partie des glücklichen Soldaten, der in dem Schloß der bergischen Herzöge als Souverän gebot.

(Fortsetzung folgt.)

Gasangriff.

Der österreichische Leutnant Eugen Szatmári schreibt der Voss. Ztg. von der bessarabischen Grenze:

Die Nacht ist sternenklar und nicht pechschwarz, wie in den trüben Januartagen, sondern seltsam, geheimnisvoll dunkelblau, und die Schatten, die sie wirft, sind lang, verzogen, bizarr und entzückend. Unruhig ist sie, diese lauwarme Nacht. Helle Blitze der Leuchtraketen zerreißen ihre dunkelblaue Samtgardine und kaum hat sich das grelle Blitzlicht gelegt, kaum haben stille, unsichtbare Raupen die Gardine zusammengenäht, da frischt der leuchtende Finger eines Scheinwerfers langsam tastend durch die blaue Nacht. Gewehre knattern und die Kanonen brüllen vom Osten her. Seit aller Herrgottsfrühe donnern die Geschütze vom Norden her, und das träge Poltern des fernen Trommelfeuers dringt schwerfällig durch die Bäume des zerschossenen Waldes. Jetzt haben sie hier auch begonnen. Schwere Granaten krachen mit ohrenbetäubendem Geheul zwischen die Bäume, getroffene Zweige fallen langsam krachend herunter, Gewehrkugeln kommen gepfiffen, schlagen klatschend an die Blätter. Meine zehn Telephone summen und zitzen wie besessen. Aber meine Batterien schweigen. Wir schießen nicht umsonst in die Luft...

Jetzt steigt eine Rakete auf. Hoch, sehr hoch und wirft ihre farbigen Sterne in prasselndem Regen herunter. Da.. noch eine.. eine dritte.. und das Geschützfeuer wird noch heftiger, wie irrsinnig krachen die Schrapnellagen, und Granate nach Granate saust in heulendem Bogen heran, um krachend aufzuschlagen.. Wir kennen es alle, das Zeichen, das eben gegeben wurde ... und kurz, hart, zischend irrrt durch die Telephone: Gasangriff...!

Die giftige Welle kommt... wir sind gewappnet. Gasmasken vor! In einem Augenblick haben wir uns in vermummte Räuber verwandelt und warten neugierig, gespannt auf den Kampf mit der unbekannten Waffe gegen den unsichtbaren, schleichenden und uns bisher auch unbekannten Feind. Wie mag es sein, das Gas? — und beinahe sehnsüchtig erwarten wir die unmittelbare Welle. Kommt sie denn überhaupt?

Sie kommt. Es sticht mir etwas in die Augen und ich schnalle mir die Maske wieder um. Da ist er also, der schleichende Feind, die giftige Welle, die man nicht umbringen kann, der Gegner mit der Tarnkappe. Sie wogt jetzt über uns, überschüttet uns, wir sind in seiner Macht und unser Leben ist der Kaltpatrone anvertraut, die uns Luft gibt. Wir leben inmitten seiner verpesteten Luft und sein Drachendom spielt mit unseren Kleidern. Welch ein fürchterlicher und doch armseliger Feind. In seinem Bannkreise knattern die Gewehre weiter und das „Urri!-Urri!"-Brüllen des stürmenden Feindes erstickt im rasenden Knattern der Maschinengewehre. Sie brauchen keine Maske und die Kanonen auch nicht, die jetzt aus der verborgenen Tiefe des Waldes ihm hundertfachen Tod speien, brüllend und heulend, wie ewig treue, eherne Hunde. Sie sind gewappnet gegen das Gas, denn sie brauchen keine Luft und ihre bronzenen Leiber recken sich im rasenden Feuer, wie sie auf den Vorholschienen hin- und zurückläufen. Welch armselige Waffe, welch armseliger Feind, dieser unsichtbare Gegner, das Gas. . . .

Ich spüre eine seltsame Schwere auf meiner Brust. Die Luft, die ich atme, ist schwer und hart, ich muß sie bei jedem Atemzug schlucken. Die Maske liegt mir wie Blei auf dem Kopf und die großen Gläser schmerzen unsagbar meine Augen. Ich fühle mich, als stände ich im bleiernen Taucheranzug auf dem Meeresgrund unter dem Drucke des ganzen Ozeans. Luft muß ich haben, Luft, und lockere die Riemen meiner Maske, aber ein fürchterliches Stechen krallt sich um meine Schläfe und instinktiv ziehe ich die Riemen fest. Das Telephon in der Hand, mit der bleiernen Schwere der Maske auf dem Kopfe, halb unbewußt rufe ich Kommandos ins Telephon. Die großen Glasaugen, mit denen ich jetzt sehe, bohren sich stumpf in die brüllende, knatternde, aufblitzende, grell aufzuckende Nacht, in die Nacht, die vor einer Stunde noch eine stille blaue Samtgardine war und jetzt zu einem rasenden Gift und Tod speienden Ungeheuer geworden war. Ich will zum Fernrohr und trete auf etwas Weiches, ich bücke mich — eine tote Maus. Sie hatte keine Maske. . . . Welch ein furchtbarer Gegner, dieser schleichende, unsichtbare und untödliche Feind. . . .

Ich halte es nicht mehr aus; in meinen Schläfen hämmert es wie besessen und ich fühle, wie mein Blut rasend in meinen Adern kreist. Ich reiße die Riemen der Maske auseinander — und atme reine, frische, gute Luft. Eine leichte Brise kommt von Süden her, sie hat die giftigen Wellen fortgespült. . . . Das Gefecht flaut ab; das Knattern beginnt leise zu ersterben und die Kanonen werden immer stiller. Die blitzenden Lichter, die die Nacht zerrissen, löschen aus. Es wird ruhiger, ich atme, atme tief, während sich über uns die dunkelblaue Samtgardine der Nacht langsam und leise wieder zusammenschließt.

Humor und Satire.

Bei der Wahrsagerin. Wahrsagerin: „Ich sehe einen Verlust an Geld." — Kunde: „Ich auch — ich hab' Sie leider im voraus bezahlt." (B. J. Z.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0005

Volkswirtschaftliche und staatswirtschaftliche Steuerpolitik.

Von Ed. Bernstein.

Der Kampf um die Finanzaufbesserung des Herrn Helfferich ist vorüber. Mit neuen Steuern auf Verkehr und Verbrauch, deren Jahresertrag auf 700 Millionen Mark geschätzt wird, und einer einmaligen Kriegsgewinnsteuer nebst Kriegsabgabe, die im Angesicht einer Kriegsschuld von 40 bis 50 Milliarden zusammen 1 bis 2 Milliarden einbringen sollen, schließt die Epoche Helfferich der deutschen Reichsfinanz ab. Sicherlich kein glorreiches Ende. . . .

Als Herr Helfferich ins Amt eintrat, war der Krieg schon im Gange und hatte die Aufbringung von dessen Kosten durch hochverzinsliche Anleihen schon ihren Anfang genommen. Jnsofern hat er nur fortgesetzt, was sein Vorgänger in der Verwaltung der Reichsfinanzen eingeleitet hatte. Aber er hat es fortgesetzt und gesteigert. . . . Helfferich hat das Jnteresse der Volkswirtschaft gegen das Jnteresse zurücktreten lassen, das er als das Staatsjnteresse hinstellt. . . . Es liegt auf der Hand, daß der Staat als Ausdruck der zusammengefaßten Allgemeinheit der Nation und die jeweilige Politik des konkreten Staates etwas sehr verschiedenes sind und es sich sehr wohl fügen kann und in der Geschichte oft gefügt hat, daß das Jnterse des ersteren die schärfste Gegnerschaft gegen die letztere nötig macht. Nicht zum wenigsten in der Bestimmung der Finanzwirtschaft und der Steuerfragen.

Von seiner ersten Rede als Schatzkanzler an ist Herr Helfferich nicht müde geworden, Vergleiche zwischen der deutschen Finanzpolitik und Finanzlage und den entsprechenden Verhältnissen im Lager der derzeitigen Gegner Deutschlands, insbesondere Englands, anzustellen, die natürlich jedesmal in ein „Deutschland allen andern voran" ausliefen. Er konnte sich daher nicht beschweren, als ihm in den Debatten über seine Steuervorlagen von Rednern der Sozialdemokratie beider Richtungen die Tatsache vorgehalten wurde, daß England jedenfalls mit seinen Steuern auf Einkommen und Vermögen die Besitzenden viel stärker zu den öffentlichen Lasten heranzieht, als es bei uns geschieht, daß das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern dort ein sehr viel günstigeres ist als bei uns, und daß man in England viel mehr als bei uns darauf bedacht ist, die Kriegskosten durch laufende Einnahmen aufzubringen, statt sie durch Anleihen aufzubringen, die die Zukunft der Nation mit hohen Zinsen belasten. Die zunehmende Gereiztheit, die Herr Helfferich diesen Vorhalten gegenüber an den Tag gelegt hat, verrät nur die innere Schwäche seiner Position, und die Einwände, die er ihnen gegenüber geltend macht, treffen den Kern der Sache nicht.

So hat Herr Helfferich in der Kommission Rednern der alten sozialdemokratischen Fraktion und in der Plenarsitzung vom 31. Mai meiner Person eine Aufzählung der indirekten Steuern entgegengehalten, die England in diesem Kriege teils eingeführt und teils erhöht habe. Jndes ist es keinem von uns eingefallen, die englische Steuerpolitik als fleckenlos zu rühmen. Jn der Ausführung läßt diese sehr vieles zu wünschen übrig, ist sie vor allem noch große Halbheit. Wenn also Herr Helfferich, um ihn selbst sprechen zu lassen, in der genannten Sitzung mir erzählte:

„Ich will aus der Liste, die ich mir während seiner Rede flüchtig angefertigt habe, ihm einige Beispiele anführen: Bier, hier handelt es sich um eine Erhöhung bis auf etwa 12 Pf. pro Liter. Zucker, die Zuckersteuer ist vor einem Jahre auf das Fünffache erhöht worden*) und soll jetzt weiter erhöht werden. Tabak, Tee, der dort die Stelle des Kaffees vertritt, Kakao, Kaffee, Zichorie usw., getrocknetes Obst, Mineralwasser, Zündhölzer, Fahrkartensteuer und Erhöhung der Postabgaben, das ist eine Blütenlese, die Ihnen gefallen wird",

so konnte er damit bei seinen Bundesgenossen im Hause Eindruck machen, uns Sozialdemokraten gegenüber traf er vollständig daneben. Was wir an der englischen Finanz- und Steuerpolitik als vorbildlich hinstellten, waren bestimmte Seiten ihrer Tendenz, nicht ihre derzeitige Gestalt in Bausch und Bogen. Gegen die haben wir vielfs einzuwenden, das jedoch kein Wunder ist, sintemalen die Politik Englands nicht von Sozialdemokraten, sondern von bürgerlichen Parteien gemacht wird.

Welches aber sind die Seiten, die wir an der Steuerpolitik Englands — und es ist hinzuzufügen, auch an seiner Finanzpolitik — gutheißen? Zusammengefaßt können wir sie dahin bezeichnen, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Englands Steuerpolitik bestimmte feste Grundsätze innehält, die ihrer Tendenz nach dem sozialdemokratischen Programm sich annähern und in der Praxis gerade in dessen Richtung weiterentwickelt worden sind. Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts ist der Grundsatz in Englands Steuerpolitik festgehalten worden, die wichtigsten Nahrungsmittel des Volkes, also Fleisch und andere animalische Produkte, Getreide, Hülsenfrüchte usw. völlig steuerfrei zu lassen. Von diesem Grundsatz ist nur einmal vorübergehend und in geringem Umfang abgewichen worden, sonst steht er unangetastet da, und im Angesicht dieser Tatsache erhält die Blütenlese, die Herr Helfferich verlas, einen vollständig anderen Charakter.

Gewiß, England besteuert noch immer den Verbrauch und hat jetzt die Verbrauchsabgaben erhöht. Aber der Grundsatz ist hierbei, nur das zur Not Entbehrliche und nicht das Notwendige zu besteuern, den mehr oder weniger als Luxus geltenden Genuß, nicht aber die unentbehrliche Nahrung zu bezollen. Gewiß kann man, einmal die Unterscheidung zugegeben, die Grenze des Notwendigen immer noch zu eng ziehen und hat sie tatsächlich auch zu eng gezogen. Der Krieg hat hier hemmend in eine Entwicklung eingegriffen, die außerdem den Gang der Steuerpolitik Englands bisher bezeichnet hat. Nämlich als zweites die Tendenz, die direkten Einkommen- und Besitz treffenden Steuern zu erhöhen und die verbliebenen Verbrauchssteuern schrittweise herabzusetzen und schließlich ganz abzuschaffen. Jn welchem Maße dies geschehen ist, geht daraus hervor, daß, während in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch mehr als drei Viertel des englischen Staatshaushalts durch indirekte Steuern und noch nicht ein Viertel durch Steuern auf Einkommen, Erbanfall und Besitz gedeckt wurden, im Jahre 1870 das Verhältnis immer noch 70 : 30 war, bis zur Jahrhundertwende das Verhältnis von 50 : 50 erreicht war. Als 1905/06 die liberal-radikale Regierung ans Ruder kam, stand es auf 49,7 : 53,3. Von da ab war die Entwicklung die folgende:

Geschäftsjahr	Prozentsatz der indirekten Steuer	Prozentsatz der direkten Steuer
1907/08	48,9	51,1
1908/09	47,4	52,6
1909/11 **)	43,6	56,4
1911/12	42,7	57,3
1912/14	42,4	57,6

Jn dieser Zeit wurde die Teesteuer von 6 Pence auf 5 Pence das Pfund, die Zuckersteuer von 4½ Schilling auf 1⅝ Schilling der Zentner herabgesetzt und ebenso der Einfuhrzoll auf verarbeiteten Kakao ermäßigt, im ganzen die Last der indirekten Steuern um 96,6 Millionen Mark verringert.

Der Krieg hat diese Entwicklung, sagten wir oben, gehemmt. Es ist überhaupt interessant, an der Hand der Geschichte der englischen Steuerpolitik den schädigenden Einfluß des Krieges auf die Entwicklung der Steuer zu verfolgen. Auch die oben erwähnte Ausnahme von der Freilassung der Nahrungsmittel, nämlich die Erhebung einer statistischen Gebühr von 1 Schilling pro Quarter auf eingeführten Weizen, hatte einen Krieg — den Burenkrieg — zum Anlaß. Jndes hat der englische Gesetzgeber auch jetzt wieder die Steuerschraube mit Bezug auf die Einkommen ziemlich scharf angezogen. Nach dem Budget für 1916/17 haben (mit Abzügen für Kinder, Lebensversicherung usw.) zu entrichten:

Steuerbetrag

Einkommenshöhe Mark	wenn das Einkommen nur aus Erwerbstätigkeit stammt Mark	wenn das Einkommen nur aus Besitz usw. stammt Mark	wenn das Einkommen halb aus Besitz und halb aus Erwerb stammt Mark
2 620	24,75	33	28,00
5 000	292,50	390	[illegible],25
10 000	900,00	1 400	1 212,50
20 000	2 500,00	4 000	3 250,00
50 000	10 833,30	12 500	10 666,70

Von hier hört die Unterscheidung zwischen Besitz- usw. Einkommen und Erwerbseinkommen auf, weil sie bei den ganz hohen Einkommen gegenstandslos wird. Dafür kommt zur Einkommensteuer, deren Satz auf 25 Prozent bleibt, noch eine Zuschlagsabgabe, die schließlich auch eine ansehnliche Höhe erreicht. Es haben zu zahlen:

Einkommen Mark	Einkommensteuer Mark	Zuschlagsabgabe Mark	Gesamtsteuer Mark
60 002	15 000	420	15 420
100 000	25 000	3 080	28 000
200 000	50 000	15 580	65 580
1 000 000	250 000	155 580	405 580
2 000 000	500 000	330 580	830 580

Herr Helfferich suchte den Eindruck der Tatsache, daß das englische Budget von 1916/17 gegen das Budget des Vorjahres um 6 Milliarden erhöht worden ist, durch die Bemerkung zu verwischen, in diesem Budget sei die Kriegsgewinnsteuer eingeschlossen, ziehe man diese ab, so sehe „die Sache immerhin etwas bescheidener aus". „Etwas", gewiß. Aber Herr Helfferich ist hier selbst etwas bescheiden. Den Vorschlag einer Einkommensteuer, die bei 100 000 Mk. Einkommen schon 28 000 Mk. beträgt, würde er im „reichen Deutschland" wahrscheinlich ganz anders bezeichnen. Er hat gemeint, ein gutes Stück dieser Besteuerung in England seien „Zwangsanleihen ohne Rückzahlung", und auf meinen Zuruf, das sei auch sehr gut, geantwortet:

„Verzeihen Sie, wenn ich auf einem andern Standpunkte stehe und glaube, daß ich im Jnteresse der Erhaltung unserer Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege auf einem andern Standpunkte stehen muß."

Das kann nur einen Sinn haben, wenn damit gemeint ist, daß eine höhere direkte Steuer, als Herr Helfferich sie für zulässig erklärte, der deutschen Volkswirtschaft ernsthaften Schaden bereiten würde.

Nun zieht aber das Reich seine Steuern nicht aus der Luft, sondern entnimmt sie wie England aus der Volkswirtschaft. Der Unterschied liegt nicht in der Menge der Steuer — über diesen Punkt ließe sich schließlich noch reden, und wollen wir bei anderer Gelegenheit reden —, sondern in der Wahl der Gattung von Steuern und des Zeitpunktes der Erhebung. Die englische Finanzpolitik greift kräftig und schnell zur direkten Steuer, die deutsche Finanzpolitik faßt die direkte Steuer zaghaft an und verlegt sich dafür — von den indirekten Steuern abgesehen — mit besonderem Eifer auf die Anleihewirtschaft. Eine sehr bequeme Staatswirtschaft. . . . Aber alles mögliche andere als eine gute volkswirtschaftliche Steuer- und Finanzpolitik. Denn sie belastet die kommenden Budgets mit hohen Zinsenschulden und treibt den Zinsfuß auf unbestimmte Zeit in die Höhe.

Soll dem Gerede „Erhaltung unserer Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege" irgendwelche Berechtigung zuerkannt werden, so muß bewiesen werden, daß es der deutschen Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege an Privatkapital zu mangeln droht. Nun weiß aber jeder Sachverständige, daß das Privatkapital während des Krieges nicht abgenommen hat oder auch nur stabil geblieben ist, sondern noch sehr erheblich zugenommen hat. Die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals und seine Konzentration sind durch den Krieg sehr gefördert worden. Herr Helfferich hat im Haushaltsausschuß selbst Tatsachen dafür angeführt. Gut die Hälfte der Kriegsausgaben haben sich, wie er triumphierend erklärt, wieder zu Vermögen verdichtet. Was die deutsche Volkswirtschaft bedroht, sind daher nicht Eingriffe in diese treibhausmäßige Akkumulation, die ja, wie Figura zeigt, immer noch ihr einen weiten Spielraum lassen, sondern die Verteuerung der Kosten der Wirtschaft durch Steuern und Zinsenlasten und die gesteigene Rentabilität des nichtstuenden Kapitals eben durch die riesenhafte Vermehrung der Staatsschuldentitel mit hohem Zinsenfuß.

So lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, braucht sie, um zu gedeihen, mehr Unternehmungs- als Rentierskapital. Die Finanzpolitik der Helfferich läuft in der Praxis auf Schonung und Züchtung von Rentierskapital hinaus. Das muß aber zu gegebener Zeit die Verfügung der Volkswirtschaft über Unternehmungskapital ernsthaft beeinträchtigen. Es ist das Gegenteil wahrhaft volkswirtschaftlicher Finanzpolitik.

*) Helfferich verzeiht hier weislich zu erwähnen, daß der Ausgangssatz der Steuer auf Zucker noch nicht 1½ Mk. auf den Zentner war, nämlich von 10 Pence für Zucker von bis zu 76 Prozent Polarisation schrittweise bis 1 Schilling 10 Pence auf den Zentner Zucker von 98 Prozent Polarisation.

**) Wegen des Konflikts über das Budget von Lloyd George konnte die Steuer erst nach zwei Jahren erhoben werden.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Juni 1916.

Wichtige Beschlüsse der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Jm Lokal St. Nikolaus tagte gestern, Dienstag, abend die Halbjahrsversammlung des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle (S.). Sie war von 21 Vertretern der Unternehmer und 52 Vertretern der Versicherten besucht, außerdem waren die Mitglieder des Vorstandes und die stellvertretenden Vorstandsmitglieder fast vollzählig anwesend. Die Tagesordnung zählte folgende Punkte: 1. Abnahme der Jahresabrechnung pro 1915, Bericht des Prüfungsausschusses, Entlastungserteilung an den Vorstand; 2. Anrechnung früherer Dienstjahre für die (Regulativ-)Beamten bei etwaiger Ruhestandsversetzung; 3. Aenderung in der Höhe der Teuerungszulagen für die Angestellten; 4. Bauvorhaben; 5. Sonstiges.

Der Geschäftsbericht lag den Anwesenden gedruckt vor. Der erste Vorsitzende der Kasse, Direktor Buchmann, erklärte dazu, daß das finanzielle Verhältnis der Kasse ein zufriedenstellendes sei. Die gesetzliche Rücklage von 5 Prozent der Einnahme konnte gemacht werden und außerdem habe sich noch ein bedeutendes Guthaben ergeben. Trotz alledem müsse die Kasse in Anbetracht der bevorstehenden schweren Zeiten, die sie noch werde durchmachen müssen, auch weiterhin vorsichtig wirtschaften, ohne daß den Mitgliedern dabei etwas von ihren zustehenden Rechten genommen zu werden brauche. Herr Gittermann berichtete über die vorgenommene Prüfung. Es sei alles in Ordnung befunden worden. Die beantragte Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. Ein auf die Anrechnung früherer Dienstjahre bezügliches Abkommen mit den betreffenden Beamten wurde gutgeheißen.

Dann ergab sich leider aber eine stundenlange Debatte darüber, in welcher Höhe Teuerungszulagen für die Angestellten auszusetzen seien. Die Vorstandsvorlage, die im Vorstande selbst nur mit Stimmengleichheit angenommen worden war (der Vorsitzende hatte den Ausschlag gegeben), wurde von den Versichertenvertretern als nicht weitgehend genug betrachtet. Genosse Löffler schlug als Versichertenvertreter im Auftrage seiner Mitvertreter etwas höhere Sätze vor, und zwar dieselben, die Stadtverordnetenversammlung und Magistrat auf Antrag Gröbel bewilligt haben. Jn ihrer Eindbumme stellen sich diese Zulagen aber nur um rund 80 Mark höher bei 55 Kassenangestellten. Herr Gittermann spricht im Namen der Mehrheit der Unternehmervertreter gegen diesen Vorschlag, er hält die Vorlage des Vorstandes für richtig. Um ein Einvernehmen zu erzielen, machte er aber einen Vermittlungsvorschlag, der eine Mehrausgabe von rund 30 Mark pro Monat gegenüber der Vorstandsvorlage vorsieht. Jn den nunmehr drei vorliegenden Anträgen sprachen alsdann eine ganze Angahl Unternehmer und Versicherte, teils diesen, teils jenen Antrag befürwortend. Die Versicherten wiesen insbesondere darauf hin, daß man hier auch sonst immer den Magistrat als Vorbild nehme. Hierauf beantragte Herr Gittermann getrennte Abstimmung über die Anträge. Die Versammlung entschied sich aber für eine allgemeine. Bei der Abstimmung über die Anträge selbst, wurde der Antrag der Versichertenvertreter mit großer Mehrheit angenommen. Herr Gitterman ließ hierauf zu Protokoll erklären, daß er gegen den Abstimmungsmodus Protest erheben werde.

Zu dem Bauvorhaben berichtete Herr Andag, daß der Vorstand im Verein mit den zwei ihm zugewählten Ausschußmitgliedern die Sache verfolgt habe. Zu einem Entschluß über Ankauf eines Grundstückes sei man noch nicht gekommen. Sobald Näheres darüber geschehe, würde der Ausschuß davon unterrichtet werden.

Unter Sonstigem wurde bekanntgegeben, daß dem ersten Geschäftsführer der Kasse, Herrn Thiele, nunmehr der Titel „Verwaltungsdirektor" gesetzlich zustehe. Eine Aenderung in der Satzung würde sich aber wohl erübrigen.

Jn einer kurzen Sondersitzung nahmen die Versichertenvertreter Stellung zu der Absicht des Herrn Gittermann, Protest gegen die vorgenommene Abstimmung einzulegen. Nach Beendigung dieser Aussprache erklärte Herr G., daß er seinen Protest im Jnteresse des lieben Friedens willen zurückziehe, daß die Unternehmer aber nach wie vor den Standpunkt vertreten, daß über solche Vorlagen getrennte Abstimmungen notwendig seien und daß Teuerungszulagen anderer Unternehmungen für die Kassenverwaltung nicht maßgebend sein könnten. Hierzu seien auch die Maßnahmen des Magistrats in dieser Sache zu rechnen.

Die Versammelten nahmen nur von dieser Erklärung Kenntnis. — Die beschlossene Teuerungszulage tritt demnach rückwirkend vom 1. April d. J. ein und umfaßt alle Angestellten, die bis zu 3000 Mk. Gehalt pro Monat einschl. dieser Zulage beziehen. Die Sätze selbst sind folgende: Ledige unter 18 Jahren erhalten pro Monat 4 Mk., Ledige über 18 Jahre und Verheiratete ohne Kinder 8 Mk., Verheiratete mit einem Kind 12 Mk., Verheiratete mit mehr Kindern für je ein Kind 4 Mk. mehr. Nach diesen Feststellungen erfolgte Schluß der Versammlung, die in ihrem Verlauf nicht das beste burgfriedliche Einvernehmen zulage treten ließ.

Margarine nur noch durch die Gemeinde!?

Die Amtsblätter berichten: „Nachdem die Jnlandmargarine zur einheitlichen Verteilung beschlagnahmt und der festbegrenzte Anteil der Provinz Sachsen vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette den Oberpräsidenten zur Unterverteilung überwiesen ist, sind die auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallenden Mengen im Auftrage des Oberpräsidenten von den Regierungspräsidenten auf die Kommunalverbände der Regierungsbezirke zu verteilen. Wir werden von zuständiger Seite darauf aufmerksam gemacht, daß deshalb sämtliche Anträge von Margarine-Lieferanten oder Verbrauchern, welche ihren Bedarf bisher im Wege des freien Verkehrs gedeckt haben, an die betreffenden Kommunalverbände zu richten sind und bei der Zuweisung eine Rücksicht auf besondere Wünsche wegen Zuteilung bestimmter Marken oder Fabrikate wenig Aussicht auf Erfolg hat."

Das sieht nach sehr straffer Regelung und Zuteilung aus, aber leider ist der Grundfehler: es gibt trotz alledem keine Margarine. Jn Monatsfrist hat so nach und nach erst etwa die halbe Bevölkerung Halles auf den Haushalt ein halbes Pfund Margarine erhalten. Seit fast zwei Wochen ist dieser Verkauf nicht fortgesetzt worden; die restliche Hälfte der Haushalte wartet vergebens mit Schmerzen auf das bißchen Fett. Wann wird denn nun der Verkauf fortgesetzt und wann wird endlich der letzte Haushalt sein halbes Pfündchen bekommen? Das sind bringliche Fragen, die in der Bevölkerung täglich gestellt werden.

Als die allgemeine Talgbeschlagnahme kam, glaubte man, diese Entbehrung vorübergehend tragen zu müssen, da es ja nachher reichlicher Margarine geben würde. Aber diese Hoffnung ist bitter enttäuscht worden. Die Stadt hätte deshalb gutgetan, die restliche Hälfte Talg, über die sie zu verfügen hatte, nicht an die Fleischer zu geben. Sie hätte sie zusammenhalten und den Talg von Zeit zu Zeit den ärmsten Einwohnern abgeben müssen, um ihnen so die Nahrungszubereitung ein klein wenig zu erleichtern und zu verbilligen, was bitterlich nottäte.

Die Getreidekähne auf der Saale.

Die am Ufer der Peißnitz auf der Saale schwimmenden Getreidekähne haben wiederholt zu Gerüchten Veranlassung gegeben. Die Reichsgetreidestelle hat nun auf Anfrage eine Erklärung abgegeben, der wir folgende tatsächliche Angaben entnehmen:

Wir haben etwa 50 000 Tonnen trocknen sächsischen Weizen in Kähnen auf der Saale und Elbe liegen, welche einen Teil unserer Reserve bilden, mit der wir vom 15. August bis 15. September den Uebergang von der alten zur neuen Ernte bewerkstelligen wollen. Es sind ständig drei Beamte an Ort und Stelle tätig, um täglich die Beschaffenheit der Ware zu prüfen und wenn notwendig, hier und da sich nichthaltende Ware sofort zu entfernen. Bis jetzt ist dies, dank der Sorgfalt beim Einladen, mit nur wenigen Ladungen notwendig gewesen. Beim Einladen ist jede einzelne Ladung durch einen Fornetschen Feuchtigkeitsmesser geprüft und nur Weizen mit 15 Prozent Feuchtigkeit eingeladen, um ganz sicher zu sein, daß der Zweck dieser Einlagerungen, nämlich über Sommer in den Kähnen lagern zu können, auch gewährleistet wurde. Alle 8—14 Tage findet eine Nachprüfung durch einen unserer Oberbeamten statt. Stichprüfungen finden wiederum durch Mitglieder der Geschäftsführung selbst statt.

Auf Gerüchte hin hat sich auch das stellvertr. Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg veranlaßt gesehen, durch Proviantamtsbeamte sämtliche Kähne nachprüfen zu lassen mit dem Ergebnis, daß der Zustand des Weizens ein tadelloser ist.

Ebensogut oder wenigstens annähernd so gut wie in Kähnen hätte man auch diesen Weizen auf Speichern oder Silos unterbringen können. Es lag aber der Geschäftsführung der RG. daran, die brotlos gewordenen Saale- und Elbschiffer in etwas für ihren Ausfall zu entschädigen, zumal nicht vollgeladene Kähne an sich gute Lagerorte für trockenes Getreide sind. Den Schiffern fließen dadurch monatlich 50 000 Mark Kahnmiete zu und außerdem bekommen die Schiffer noch Entschädigung für etwa notwendig werdendes Umarbeiten der oberen Schichten und tägliche sachgemäße Lüftung ihrer Schiffe. Sowie eine besondere Prämie noch dem gelobt ist, der bis zu dem Tage des Verbrauches, etwa Anfang August d. J., feine Ware in tadellosem Zustand erhält. Schließlich hat uns noch der Gedanke geleitet, daß diese schwimmenden Lager notfalls rasch und ohne Belastung der Eisenbahn dahin befördert werden können, wo die Beschaffenheit des an Ort und Stelle gewonnenen feuchten Getreides einen Zuschuß von ganz trockener Ware notwendig macht. Z. B. hat Hamburg bereits einige Kähne bekommen, um den durchweg feuchten Weizen aus Schleswig-Holstein mahlbar zu machen. Sodann wird dieser Schiffsweizen zur Herstellung von Graupen und Grieß, wozu er sich besonders eignet, von uns verwandt.

* **Der Kartoffelverkauf.** Die Bekanntmachung des Magistrats, daß es heute Erbsen und Kartoffeln gebe, hatte Tausende auf die Beine gebracht. Schon gegen drei Uhr früh rückten die ersten Käuferinnen an. Als gegen 7 Uhr der Verkauf für Kartoffeln und Erbsen eröffnet wurde, hatten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0006

Tausende den Vorplatz und den Platz an der Moritzkirche besetzt. Zunächst traten die Käufer in Reihen an. Auf den Schulhöfen standen weit über 1000 Personen. Auf der Straße bis an die Moritzkirche, an derselben entlang standen weitere Tausende in Reihen, während wohl mehr als fünfzehnhundert Personen in wirrem Knäuel den Platz bis zum Gallmarkt hin füllten.

In der Turnhalle der Schule wickelte sich die Warenabgabe ziemlich glatt ab. Neben Kartoffeln, die in Posten von 6 bis 12 Pfund abgegeben wurden, gab es ½ Pfund oder auch 1 Pfund Erbsen zum Preise von 55 Pfennig das Pfund. Zunächst wurden jedoch Erbsen nur wenig gekauft. Dem Massenandrang gegenüber nehmen die Kartoffelbestände rapid ab. Im Laufe des Vormittags kamen aber neue Zufuhren, so daß alle Käufer auch mit Kartoffeln befriedigt werden konnten.

* **Kundenlisten für den Butterverkauf.** Der Magistrat teilt mit: Der Butter-Ein- und -Verkauf in Halle soll durch Einführung von sog. Kundenlisten geregelt werden; durch sie wird festgelegt werden, in welchen Geschäften die einzelnen Verbraucher die ihnen wöchentlich zukommende Butter zu beziehen haben. Um einen Ueberblick über die in Frage kommenden sämtlichen Händler zu erhalten, werden diejenigen Verkäufer von Butter, welche bisher Butter im Wege der Post und Eisenbahn (also nicht durch Vermittlung hiesiger Großhändler) zum Zwecke des Weiterverkaufs an Verbraucher bezogen haben, und den Verkauf von Butter weiter betreiben wollen, hiermit aufgefordert, binnen 24 Stunden beim Magistrat (Feuerungsdeputation) unter der Anschrift „Butterversorgung" anzugeben: 1. Wieviel Butter sie auf dem oben bezeichneten Wege in den letzten vier Wochen bezogen haben, 2. auf welchen Butterbezug sie noch weiter rechnen können.

Händlern, welche zu der hier erwähnten Gruppe gehören, aber die hier angeordnete Anmeldung nicht erstatten, wird in Zukunft der Verkauf von Butter nicht gestattet werden.

* **Die Ausgabe von Spiritus.** Haushaltungsvorstände, deren Einkommen 4600 Mk. nicht übersteigt, ausnahmsweise auch solche mit höherem Einkommen können, wie der Magistrat mitteilt, gegen Bezugsmarken Spiritus zum Preise von 55 Pf. für das Liter zu Koch- und Brennzwecken erhalten, wenn sie die für andere Koch- und Beleuchtungsarten erforderlichen Einrichtungen (Gas, Elektrizität) nicht besitzen. Die Bezugsmarke gewährt keinen Anspruch auf Bezug von Spiritus. Anträge auf Gewährung von Bezugsmarken sind schriftlich an den Magistrat (Feuerungsbureau) zu richten. In den Anträgen ist anzugeben: 1. Name des Haushaltungsvorstandes, 2. Anzahl der Haushaltangehörigen, 3. Zahl der zu beleuchtenden Räume, 4. Versicherung, daß das Einkommen, mit dem der Antragsteller zur Steuerleistung veranlagt ist, die oben erwähnte Grenze nicht überschreitet. (Die Richtigkeit der Angabe wird nachgeprüft.), 5. Bescheinigung des Hauswirtes oder des Verwalters des Hauses, daß die zur Verwendung von Koch-, Leuchtgas, von elektrischer Kraft erforderlichen Einrichtungen in der Wohnung des Antragstellers nicht oder nicht gebrauchsfähig vorhanden sind. Der Verkauf von Spiritus zum Preise von 55 Pf. für das Liter erfolgt nur gegen Bezugsmarken. Ohne Bezugsmarken kann Spiritus zum Preise von 1,50 Mk. für das Liter bezogen werden, soweit die hierfür bestimmte sehr geringe Menge reicht.

Ueber die Aushändigung der Marken und die Stellen, an denen der Spiritus zum Verkauf gelangen soll, wird später Mitteilung ergehen.

* **Preistreibereien mit Reis und Reismehl.** Es werden gegenwärtig hin und wieder kleine Posten Reis und Reismehl zu außerordentlich hohen Preisen angeboten. Da der im Inlande befindliche Reis bis auf kleine Mengen beschlagnahmt ist, so kann es sich bei solchen Angeboten nur um geringe, damals nicht anzeigepflichtige Bestände oder um aus dem Auslande eingeführte Mengen handeln. Wenngleich für die eingeführte Ware ein relativ hoher Preis zu zahlen sein wird, so dürfte doch die heutige Forderung von etwa 1,40 bis 2 Mk. für ein Pfund Reis in keinem Falle gerechtfertigt sein. Die Preisprüfungsstellen und die sonstigen in Betracht kommenden Behörden werden deshalb derartigen Preisforderungen auf den Grund gehen und feststellen, ob nicht eine übermäßige Preissteigerung durch Preiswucher oder Kettenhandel vorliegt oder die Anwendung der Bundesratsverordnung betreffend unzuverlässige Personen in Betracht kommt. Als Anhalt für die Beurteilung der Sachlage möge dienen, daß zurzeit in Holland ein Pfund Reis etwa 80 Pf. kostet. Rechnet man dazu 30 Pf. besondere Unkosten bei der Einfuhr und 10 Pf. Spesen des Importeurs, so ist heim hochbemessenen Zuschlage von 10 Prozent für den Großhändler und von 25 Prozent für den Kleinhändler einschließlich der Fracht und sonstigen Unkosten ein Preis von höchstens 1 Mk. als angemessen zu erachten. Bei einem derartigen Preise dürfte der beteiligte Handel einen reichlich genügenden Gewinn haben.

* **Der Eierverkauf** hat trotz der lebhaften Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung noch keine Aenderung erfahren. Wieder stehen Hunderte von Frauen auf dem Hallmarkte vor den beiden Eiergeschäften, die weder mehr Verkaufspersonal einstellen, noch genügend Eier an Kleinhändler abgeben wollen. Die Aenderung dieses unhaltbaren Zustandes müßte doch sehr rasch möglich sein.

* **Lebensmittelvergehen.** Amtlich wird bekannt gemacht: Der Fleischermeister Robert Hammer, Friedrichstraße 55, ist durch den rechtskräftig gewordenen Strafbefehl des Amtsgerichts zu Halle vom 6. Mai 1916 wegen verweigerter Abgabe von Lebensmitteln mit einer Geldstrafe von zwanzig Mark, hilfsweise fünf Tagen Haft, bestraft worden.

* **Erlaubte Biermischung.** Eine Mischung von Lagerbier mit obergärigem Süßbier war mit Rücksicht auf die Zuckervorräte nicht erlaubt. Nachdem jetzt durch die Errichtung der Reichszuckerstelle für eine pfleglichere Behandlung der Zuckervorräte gesorgt ist, sind die Vorschriften dahin gemildert worden, daß eine solche Mischung dann nicht zu beanstanden ist, wenn sie auf Bestellung des Verbrauchers beim Ausschanke des Bieres erfolgt.

* **Die Rechte der in Feindesland erkrankten Krankenkassenmitglieder.** Die neue Verordnung des Reichskanzlers betreffend § 214 Abs. 3 der Reichsversicherung räumt solchen Kriegsteilnehmern, die, ohne ihre Mitgliedschaft in den Krankenkassen freiwillig fortgesetzt zu haben, während der ersten drei Wochen nach Beendigung der versicherungspflichtigen Beschäftigung im feindlichen Auslande erkranken, einen Anspruch auf Krankengeld für den betreffenden Krankheitsfall ein. Bisher konnte der Anspruch nur geltend gemacht werden, wenn der Krankheitsfall im Inlande eintrat. Die so bestehende Ungleichheit in der Behandlung der Kriegsteilnehmer wird durch die neue Verordnung beseitigt, die übrigens rückwirkende Kraft bis 1. August 1914 erhalten hat. Doch sind für länger als drei Monate zurückliegende Krankheitsfälle von nicht länger als achttägiger Dauer Kassenleistungen nicht zu gewähren. Diese Bestimmungen gelten auch für die sogenannten Ersatzkassen, die sich bisher zum Teil um die ihnen durch das Notgesetz vom 4. August 1914 auferlegten Verpflichtungen gegenüber den Kriegsteilnehmern herumzudrücken versucht haben. Kriegsteilnehmer, die in den letzten drei Monaten aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausschieden und ihre Mitgliedschaft nicht freiwillig fortsetzen, haben Anspruch auf Krankengeld, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer der Krankheit, wenn sie innerhalb drei Wochen nach dem Austritt aus der Beschäftigung erkrankten. Für weiter bis zum 1. August 1914 zurückliegende derartige Krankheitsfälle der Kriegsteilnehmer ist nachträglich Unterstützung noch zu gewähren, wenn die Krankheit länger als acht Tage dauerte.

* **Zur Beachtung bei Militärrenten.** Dem neuesten Armeeverordnungsblatt entnehmen wir folgende Verordnung über den Bezug von Militärrente: Auf Antrag des Versorgungsberechtigten ist den aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund einer Kriegsbeschädigung zu versorgenden Personen, bei denen nach Art des Versorgungsgrundes ein späteres Herabsinken der Erwerbsfähigkeit unter 10 v. H. nicht zu erwarten ist, eine Bescheinigung auszustellen, daß ein gänzliches Fortfallen der Rente später nicht mehr eintritt, die Kriegszulage sowie nach nie fortfallen kann. Ist bei Empfängern der Verstümmelungszulage nach Art der Verstümmelung auch der Fortfall der Verstümmelungszulage nicht zu erwarten, so ist die Bescheinigung nach dieser Richtung hin zu ergänzen. Vorstehendes findet auch auf bereits erfolgte Rentenfestsetzung Anwendung.

* **Wichtig für militärische Gesuche in der Heimat!** Immer wieder laufen im Kriegsministerium und im Reichsmarineamt zahlreiche Gesuche um Entlassung, Zurückstellung und Beurlaubung vom Militärdienst ein. Das ist nicht der richtige Weg. Er belastet unnötig und ungebührlich die genannten obersten Behörden, die z. Z. schwer unter Mangel an Arbeitskräften leiden, und verzögert um ein bedeutendes die Erledigung solcher Eingaben. Wer möglichst schnell zum Ziele kommen will, schlage den ordnungsmäßigen Weg ein: Alle Gesuche um Entlassung, Zurückstellung und Beurlaubung vom Militärdienst auf Grund häuslicher Verhältnisse für Mannschaften des Feld- und Besatzungsheeres sind stets an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission, also an den Landrat und in Stadtkreisen an den Magistrat zu richten. Entlassungen haben nur ausnahmsweise im Falle eines dringenden Notstandes Aussicht auf Berücksichtigung.

* **Wohltätigkeits-Aufführung im Stadttheater.** Für die Aufführung am 28. Juni hat Fräulein Likarz, deren Ausstellung kürzlich allgemeinen Beifall gefunden hat, eine künstlerischen Säulenanschlag entworfen, der in den nächsten Tagen erscheinen wird.

* **Rita Sachetto,** die bis vor kurzer Zeit nur als geniale Tanzkünstlerin bekannt war, ist heute, nach Absolvierung einiger sehr gut gespielter Filmdramen ein Kinostern geworden. Wir erinnern an: Das verlorene Paradies, Die Maikönigin und Prinzessin Herzeleid. Ihr neuestes Filmwerk ist Die Pantergräfin, das ab Freitag im Astoria-Lichtspielhaus zur Vorführung gelangt. Wie in den vorgenannten Films spielt ihre elegante Figur auch in dem neuen Werk in einer ebenso eleganten Umgebung, und das ist es, was ihre anmutigen Bewegungen so reizend und ihr Spiel so anziehend macht. Außer diesem Drama zeigt der Spielplan des Astoria unter anderem das Lustspiel: Das Fräulein und der Papa! Von den besten Darstellern nordischer Filmkunst gespielt, wird dieses Stück viel Heiterkeit erregen.

* **Das Phantom der Oper** betitelt sich der große Film, der ab Freitag im Passage-Theater zur Vorführung gelangt. Der bekannte Roman von Gaston Leroux ist von Ernst Matray vom Deutschen Theater in Berlin für den Film bearbeitet und inszeniert worden. Die Hauptrollen sind dargestellt von den bereits bestens bekannten nordischen Künstlern Egede Nissen und Nils Crisander. Das Phantom spielt Dr. Prasch, während Ernst Matray mit seiner bekannten Beweglichkeit den Freund des Phantoms, den Perser Daroga, darstellt. Wie schon der Titel besagt, ist das Ganze eine phantastische, übersinnliche und geheimnisvolle Darstellung von einer so schauerlich-schönen, packenden und spannenden Wirkung, daß es nur der Film hervorzuzaubern imstande ist. — Der zweite Schlager, Artur Meiers Flitterwochen, ist voll zündender Situationskomik; er dürfte auch hier stürmische Heiterkeit erwecken. Außerdem die neuesten Kriegsberichte von allen Fronten.

* **Vermißt.** Der frühere Bankbeamte, jetzige Rentier Friedrich Michels, am 6. April 1862 in Battendorf geboren, wird seit dem 15. Juni vermißt. Er hatte sich in Goslar eine Wohnung gemietet und hat nach dort verziehen wollen, um ruhiger zu leben, weil er sehr nervös ist, ist dort aber nicht eingetroffen; sein Verbleib ist auch anderweitig nicht festzustellen. Michels, der möglicherweise planlos umherirrt, ist 1,80 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, hohe Stirn, dunkelblonde Augenbrauen, dunkle Augen, defekte Zähne, dunkelblonden Schnurrbart, längliches, blasses Gesicht, kräftige Gestalt, gebückte Körperhaltung; er trug grauen, weichen Filzhut, grauen Rockanzug, schwarze Schnürschuhe, graue Strümpfe, grauen Schlips, Oberhemd und Unterwäsche. Es wird bei seinem Anhalten um schonende Behandlung gebeten. Zugleich wird ersucht, auf unbekannte Leichen und auf Personen zu achten, die in Nervenheilanstalten um Aufnahme bitten. Nachricht beim Auffinden wird an die Schwester des Gesuchten, Witwe Elise Teutschbein in Halle, Stephanstraße 4, oder an die Kriminalpolizei erbeten.

Aus der Provinz.

Merseburg. Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist auf dem Beuner Kohlenwerke der Arbeiter Friedrich Rehfeld von hier. Rehfeld, der im 65. Lebensjahre steht, wurde von einem beladenen Wagen überfahren und erlitt so schwere Verletzungen, daß er dem Bergmannstrost in Halle a. d. S. überliefert werden mußte. Dort ist der alte Mann sofort nach seiner Einlieferung verschieden.

— Eine große Militärschlächterei für den gesamten Garnison- und Gefangenenlager-Bedarf wird nunmehr hier errichtet. Die schon lange schwebenden Vorarbeiten sind abgeschlossen, so daß schon nächste Woche mit dem Bau begonnen werden kann.

Delitzsch. Aus der Partei. Am letzten Sonntag hielt der Sozialdemokratische Verein seine diesjährige Generalversammlung ab. Einleitend bemerkte der Vorsitzende Genosse Münzer, daß das Parteileben im Berichtsjahre infolge des Kriegseinflusses recht flau verlaufen ist. Fast die gesamte Tätigkeit der Funktionäre richtete sich gegen die herrschende Teuerung. Leider war unsere Wirksamkeit nur in recht wenigen Fällen von Erfolg gekrönt. Im Berichtsjahre wurden 3 öffentliche und 9 Mitgliederversammlungen abgehalten. Ferner machten sich noch 4 Funktionärsitzungen erforderlich. Zahlende Parteigenossen sind noch 46 vorhanden, während zum Heeresdienst als eingezogen 207 gemeldet sind. Davon mußten bereits 23 auf den blutigen Schlachtfeldern ihr Leben lassen. In Zschortau sind nur noch 4 zahlende Parteigenossen zu verzeichnen. Die Zahl der Volksblattleser beträgt gegenwärtig noch 175. Die Stadtverordnetenwahlen fanden bekanntlich unter dem Zeichen des Burgfriedens statt. Infolge Vermehrung der Stadtverordneten erhöhte sich die Zahl unserer Vertreter von 2 auf 3. Auch ihre Tätigkeit erreichte sich vorwiegend auf die Nahrungsmittelversorgung und -verteilung. Die Kasse hatte eine Einnahme von 492,03 Mk. und eine Ausgabe von 55,08 Mk., so daß ein Kassenbestand von 436,95 Mk. verblieb. Die notwendigen Vorstandswahlen wurden dadurch erledigt, daß die alten Vorstandsmitglieder bis zur Beendigung des Krieges in ihren Aemtern belassen sind nur Ergänzungswahlen vorgenommen wurden. Demzufolge wurden als Revisoren der Kasse die Genossen Förster und Rennert und als Revisoren der Preßkommission die Gen. Hänsel und Reinh. Müller gewählt. Im Verschiedenen wurde noch beschlossen, auch in diesem Jahre ein Kinderfest abzuhalten und die Vorarbeiten einer Kommission zu übertragen.

Parteigenossen! Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist unser Verein bereits bis auf ein paar Dutzend Mitglieder zusammengeschmolzen. Die Daheimgebliebenen, daß sind mit ganz wenigen Ausnahmen Genossen, die über das militärpflichtige Alter hinaus sind, haben aber die eherne Pflicht, das Organisationsgebilde intakt zu halten. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade von diesen Alten eine Anzahl es vorgezogen hat, treulos die Fahne zu verlassen. Wir finden unter den in letzter Zeit Ausgetretenen Männer, an deren Ueberzeugungstreue man nie zweifeln durfte. Es soll und darf nicht sein, daß sie sich in der Stunde der Not abseits stellen und die Organisation zerschmettern lassen. Sie müssen wiederkommen und neue Mitglieder müssen dazu gewonnen werden, das ist die Aufgabe der Daheimgebliebenen. Denn nur eine machtvolle straffe Organisation kann den kommenden Stürmen Trotz bieten. Was von der Organisation gesagt worden ist, trifft auch auf die Leser der Presse zu. Auch hier gibt es Leute, die zehn Jahre lang und länger die Arbeiterpresse gelesen haben und jetzt in der schlimmsten Zeit das Volksblatt abbestellten. Selbst frühere Gewerkschaftsführer scheuen sich nicht, ihre wichtigste Waffe aus der Hand zu geben. Bedenkt man denn gar nicht, welchen Eindruck solches Verhalten auf unsere Genossen im Felde ausübt? Deshalb rufen wir euch zu: Haltet Umkehr, erfüllt wieder eure Pflichten, bevor es zu spät ist.

Eilenburg. Fünf Pund Brot wöchentlich. Wie aus einer amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, ist der Mehl- und Brotaufschuß auf Grund erhöhter Mehlzuweisungen in der Lage, vom 26. d. M. bis zum 22. Juli die Brotmenge um ein Pfund für die Woche zu erhöhen. Diese Maßnahme ist nur vorübergehend und hat den Zweck, die augenblickliche Kartoffelknappheit mildern zu helfen.

Naundorf b. L. Meineidsprozeß. In der letzten Schwurgerichtssitzung vor dem Landgericht Torgau wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen das 21 Jahre alte Hausmädchen Anna Bär aus Naundorf bei Lauchhammer wegen Meineids verhandelt. Sie soll am 9. Dezember 1914 vor dem Amtsgericht in Elsterwerda in einem Alimentationsprozesse wissentlich ein falsches Zeugnis mit einem Eide bekräftigt haben. Nach erfolgter Beweiserhebung sprachen die Geschworenen die Angeklagte des Meineids schuldig. Sie wurde darauf zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem wurde ihre dauernde Unfähigkeit, als Zeugin oder Sachverständige eidlich vernommen zu werden, ausgesprochen. Als strafmildernd wurde ihre Jugend und ihre bisherige Strafloſigkeit angesehen.

Wittenberg. Graupen läßt die Stadt jetzt wieder verkaufen, und zwar Graupen Nr. 6 zu 40 Pfg. und Graupen Nr. 3/0 zu 49 Pfg. das Pfund. Es sollen abgegeben werden an Haushaltungen bis zu 2 Personen 125 Gramm, 3—6 Personen ein halbes Pfund, mehr als 6 Personen drei viertel Pfund. Die Abgabe erfolgt gegen Vermerk ins Lebensmitteleinkaufsbuch. An Einzelpersonen darf nur gegen Vorzeigung eines vom Magistrat ausgestellten Bezugsscheines verkauft werden.

— Brotgetreide geschrotet und verfuttert zu haben war die Landwirtsehefrau Minna Runge aus Seegrehna vor der letzten Schöffengerichtssitzung angeklagt. Sie behauptete aber, das Getreide sei schon vor Kriegsbeginn von ihrem Manne geschrotet worden und erhob deshalb gegen den Strafbefehl über 100 Mark Einspruch, so daß gerichtliche Entscheidung gefällt werden mußte. Diese fiel indes sehr zuungunsten der Beklagten aus, denn das Gericht überzeugte sich an Hand der vorgelegten Proben von der Unrichtigkeit der gemachten Angaben und erhöhte deshalb die Strafe auf 150 Mark. — Gegen das Bleichenlegesetz verstoßen hat der aus Seegrehna stammende Viehhändler Pannier. Er hat eine Kuh aus dem Seuchengebiet ausgeführt und weiter verkauft, weshalb er in eine Geldstrafe von 75 Mark genommen wird. — Wegen mehrfachen Diebstahls waren der Arbeiter Ehle und sein Sohn K. sowie der Schulknabe L. angeklagt. Sie haben aus einem auf dem Güterbahnhof befindlichen Wohnwagen eines auswärtigen Konditors Sachen im Werte von 150 Mk. gestohlen bezw. beschädigt und sollen an drei weiteren Diebstählen beteiligt gewesen sein. Die geständigen Angeklagten wurden wie folgt verurteilt: Ehle zu 6 Wochen, sein Sohn K. zu 5 Wochen und L. zu 2 Wochen Gefängnis. Die beiden letzteren sollen jedoch dem bedingten Strafaufschub empfohlen werden.

Ums tägliche Brot.

Rindfleischverteilung an Minderbemittelte.

Der Magistrat der Stadt Bochum hat einen Rindfleischverkauf an Minderbemittelte organisiert. Der Verkauf findet in verschiedenen städtischen Verkaufsstellen statt. Der Preis des Rindfleisches beträgt 1,60 Mk. Als minderbemittelt gelten solche Einwohner der Stadt Bochum, die für das Steuerjahr 1916 überhaupt keine Steuer zahlen oder nur ein Einkommen bis zu 1500 Mk. haben, ferner alle unterstützten Kriegerfrauen, einschließlich der Hinterbliebenen. Pro Kopf der Bezugsberechtigten erhält ein Pfund Fleisch. Diese Menge wird auf die allgemeine Verbrauchsregelung derart angerechnet, daß für zwei Wochen die Hälfte des zulässigen Verbrauchs befriedigt ist. Zur Kontrolle der Bewerber müssen diese ihr Warenausweisheft und ihr Brotausweisheft, sowie einen Steuerzettel oder eine besondere Bescheinigung oder ein Unterstützungsausweisheft mitbringen. Um Ansammlungen zu verhüten, erfolgt der Verkauf nach Stadtbezirken, nach Buchstaben und an verschiedenen Tagen. Wer an einem der fraglichen Tage nicht kaufen kann, kann die ihm zustehende Menge bis zu einem 14 Tage späteren Endtermin erwerben.

Lebensmittelverordnungsbücher.

Für den Verbraucher bedeutet es eine große Erschwerung, daß er über die Bestimmungen, die im Lebensmittelverkehr gelten, nicht oder nur ungenügend unterrichtet ist. Oft liefert ihn diese Unkenntnis der Willkür des Verkäufers aus. In einigen Städten hat man daher die Einrichtung getroffen, den Verbrauchern kleine Hefte abzugeben, in denen alles verzeichnet ist, was der Verbraucher beim Wareneinkauf wissen muß, sei es über Preise, sei es über erlaubte Bezugsmengen, sei es über andere Bestimmungen. Die Stadt Mannheim gibt ein solches Verordnungsheft, verfaßt von Dr. Hofmann, Vorstand der städtischen Preisprüfungsstelle, jetzt schon in dritter Ausgabe heraus. Das Heft enthält die Höchst- und Richtpreise in Mannheim und einen Bericht über die Preisprüfungsstelle Mannheim. Auch die Stadt Frankfurt a. M. gibt ein Lebensmittelverordnungsbuch heraus, aus dem der einzelne Verbraucher sich unterrichten kann über alles, was er beim Einkauf wissen muß. Diese andere deutsche Städte sind in ähnlicher Weise vorgegangen.

Eine Reichsstelle mit privatkapitalistischen Interessen.

Wir haben wiederholt Veranlassung gehabt, im Interesse des konsumierenden Publikums verschiedene der neugegründeten Reichsstellen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, ihre Zusammensetzung, Gehälter usw. zu kritisieren. Daß aber den finanziell beteiligten Gesellschaften Vorzugsrechte in Gestalt besonderer Profite zugestanden worden wären, hat man bis jetzt nicht erfahren. Und doch scheint dem so zu sein, wenn die nachstehenden Angaben aus einer Zuschrift eines Kaffee- und Teegroßisten zutreffen:

„Die Gründung des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. war eine Notwendigkeit, die zweifellos schon viel früher hätte erfolgen sollen, und nun hat das deutsche Volk angenommen, daß diese Gründung nunmehr auch eine Reichsgründung sei. Dies ist aber leider nicht so, denn bei der Gründung ist die Hälfte des Gründungskapitals aus Reichsmitteln gestellt, während 3000000 Mk. von sechs besonders bevorzugten Kaffeehändlern stammen, weitere 150000 Mk. von zwei Firmen der Getreidekaffeefabrikanten, nämlich den Firmen Frank und Kathreiner, während der Rest von 50000 Mk. von einem bevorzugten Teehändler stammt. Nun wäre auch diese Gründung noch zu verschmerzen, wenn wenigstens die Gesellschaft im Reichsinteresse handeln würde bzw. den Einkauf der Auslandsprodukte, die dieser Gesellschaft unterstehen, einzig und allein durch diese Gesellschaft zu erfolgen hätte. Dies ist aber nicht so; jeder Händler kann heute kaufen wie er will. Die einzige Beschränkung, die demselben auferlegt ist, daß derselbe vor dem Einkauf dem Kriegsausschusse die Sache bekanntgibt. Damit kann von einem billigeren Einkauf aus dem neutralen Auslande keine Rede sein und die Verhältnisse sind durch diese Reichsgründung demnach nicht gebessert worden.

Geradezu verwerflich ist es aber, wie die Reichsgesellschaft die Höchstpreise für den deutschen Konsum verordnet hat. Während man einerseits dem deutschen Handel als Höchstpreis für ein halbes Pfund Kaffee und ein halbes Pfund Ersatzmittel 2,20 Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160622-18/fragment/page=0007

vorschrieb, hat es andererseits der Kriegsausschuß für richtig befunden, einem Hauptbeteiligten des Kriegsausschusses, nämlich dem Herrn Roselius in Bremen, für seine Kaffeegesellschaft Hag einen Preis von 2,75 Mk. zuzubilligen, während im Frieden die Differenz zwischen Kaffee Hag und natürlichem Bohnenkaffee nur höchstens 20 Pf. pro Pfund betrug. Außerdem hat dieser Kriegsausschuß es für richtig befunden, für Kornfrank einen Preis von 50 Pf. festzusetzen, während die übrigen Kornkaffeefabrikanten nur 45 Pf. pro Pfund nehmen dürfen; ferner darf Kathreiner für seinen Malzkaffee 58 Pf. pro Pfund nehmen, während Malzkaffeehändler, die gleichwertige lose Ware von einem Malzkaffeefabrikanten beziehen und fertig verpacken, nur 53 Pf. pro Pfund nehmen dürfen.

Aus diesen Beispielen kann man ersehen, wie drei Teilhaber des Kriegsausschusses besondere Vorteile genießen."

Wuchernde Gemüsebauern.

Nachdem zwischen den Städten Köln und Bonn eine Vereinbarung über Richtpreise für Gemüse getroffen ist, erklären die Landleute des Vorgebirges, das bekanntlich den gesamten Westen bis nach Westfalen hin mit Gemüse und Kartoffeln versorgt, daß sie zu festgesetzten Preisen nicht verkaufen und die Märkte meiden würden, wenn die Richtpreise bestehen bleiben würden. Auf dem letzten Hauptmarkt am Dienstag haben die Landleute ihre Drohung bereits wahrgemacht. Der Marktzug vom Vorgebirge blieb aus, auch von den sonst nach Hunderten zählenden, über Nacht in Köln eintreffenden beladenen Gemüsekarren war keiner zu erblicken, so daß Köln ohne Gemüse blieb.

Gleichzeitig soll, wie der Kölner Stadtanzeiger erfährt, eine Verfügung erlassen worden sein, wonach im Landkreise ein Ausfuhrverbot für neue Kartoffeln ausgesprochen worden sei. Danach würde auch aus der allernächsten Umgebung die Kortoffellieferung nach Köln abgeschnitten sein.

Deutsche Soldaten weisen sie ab.

Manche Agrarier sind doch herrliche Patrioten. Der Landrat des Kreises Insterburg muß bekannt geben, daß es wiederholt, auch jetzt wieder, wo es zur Heuernte geht, vorgekommen ist, daß kreiseingesessene Besitzer, die um Zuweisung von Arbeitskräften gebeten hatten, deutsche Soldaten zurückgeschickt haben, weil sie lieber russische Gefangene haben möchten. Der Landrat gibt öffentlich bekannt, daß Kreiseingesessene, die die Hilfe deutscher Soldaten ausschlagen, auf die Zuweisung von Gefangenen nicht zu rechnen haben.

Frauenbewegung.

Gruß bürgerlicher Frauen über die Grenzen!

In der von Frau Minna Cauer herausgegebenen Zeitschrift für Frauenstimmrecht finden wir folgenden „Gruß deutscher Frauen an französische Frauen":

„Mit herzlichen Gefühlen warmen Dankes haben deutsche Frauen den Gruß französischer Frauen erhalten und grüßen sie wieder im gleichen Sinne.

Wir denken wie Ihr! Wir fühlen wie Ihr! Wir leiden wie Ihr!

Gleicher Todesschauer aber, wie ihn dieser Krieg erzeugte, hat die Welt noch nie durchbebt, das empfinden die Frauen aller Nationen mit gleicher Stärke und Innerlichkeit, und diese Gleichheit des Empfindens schweißt uns zusammen wie glühende Glut das Eisen zu Stahl und lehrt uns den heiligen Schwur aussprechen, den wir in dieser schweren Zeit schwören und den unausgesprochen alle verstehen, weil wir gleich denken, fühlen und leiden.

Wenn diese Katastrophe einmal vorüber sein wird, dann wird man die Frauen aller Nationen handelnd finden, um die Wiederholung solcher Zustände für immer unmöglich zu machen.

Das den französischen Frauen zum Gegengruß!

Mai 1916."

Allerlei.

Die neuen Postwertzeichen.

Zur Einführung neuer Briefmarken teilt die Reichspostverwaltung folgendes mit:

Anläßlich der bevorstehenden Einführung einer außerordentlichen Reichsabgabe, die mit den Post- und Telegraphengebühren voraussichtlich vom 1. August ab erhoben werden wird, wird die Reichspostverwaltung vorerst folgende Postwertzeichen neu herausgeben.

Freimarken zu 2½ Pf., 7½ Pf. und 15 Pf.

Postkarten zu 7½ Pf.

Postkarten mit Antwortkarte zu 7½ + 7½ Pf.

Freimarkenbestichen mit 30 Freimarken zu 2½ Pf (Verkaufspreis 75 Pf.).

Mit dem Verkauf der neuen Wertzeichen wird in den letzten Tagen des Juli bei den Postanstalten begonnen werden. Die Marken zu 2½ Pf. werden es jedermann ermöglichen, etwa vorhandene Bestände an Marken oder Postkarten zu 5 Pf aufzubrauchen.

Die bayerische Postverwaltung wird eigene neue Marken herausgeben.

Der Krieg entfesselt die Mordinstinkte. Konstantinopel, 21. Juni. Die Agentur Milli meldet: Die von den Russen an der muselmanischen Bevölkerung begangenen Grausamkeiten werden alle Tage schlimmer. Die Russen mordeten die ganze Bevölkerung, Frauen und Kinder mit einbegriffen, der letzthin in ihre Hände gefallenen Stadt Saouthchlak (in Persien). Einige Greise, die durch ein Wunder diesem Blutbad entronnen und auf türkisches Gebiet geflüchtet sind, erzählten es mit Tränen in den Augen und zeigten ihre zahlreichen Verletzungen, die sie bei den erwähnten barbarischen Handlungen der Russen davongetragen hatten.

Opfer der Seeschlacht. Kopenhagen, 21. Juni. In Skagen sind gestern wiederum 12 Leichen deutscher Seeleute, die von Fischern eingebracht worden waren, unter großer Beteiligung der Behörden und der Bevölkerung auf dem Friedhof beerdigt worden. In zwölf mit Blumenspenden reichgeschmückten Särgen wurden zehn in einem gemeinsamen Grab beigesetzt und zwei Offiziere in besonderen Gräbern dicht neben ihren Kameraden bestattet. Das dänische Marineministerium ließ auf den deutschen Kriegergräbern prachtvollen Palmenschmuck niederlegen, der deutsche Konsul Kall dankte namens des deutschen Volkes für die rege Teilnahme.

5 bis 90 Prozent Wasserzusatz. Vom Schöffengericht Böblingen wurden am 14. Juni nicht weniger als 13 Bäuerinnen von Dagersheim zu Geldstrafen von 20 bis 60 Mk. verurteilt, weil sie nach den Feststellungen der Stuttgarter Nahrungsmittelkontrolle ihrer an die Milchgenossenschaft Dagersheim abgelieferten und von dieser nach Stuttgart weiterverkauften Milch Wasser in Höhe von 5 bis 40 Prozent zugesetzt hatten. Eine weitere Produzentin, Marine Mornhinweg, Georgs Frau, hatte sogar 90 Prozent Wasser zugesetzt und wurde wegen dieses unerhört großen Wasserzusatzes zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

6 Monate Gefängnis für einen Milchpantscher. Das Schöffengericht Kaiserslautern verurteilte den Milchhändler Jakob Kron, der lange Zeit hindurch seine Kundenmilch mit 80 Prozent Wasser vermischt hatte, zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe.

Letzte Nachrichten.

Erschwerung des griechischen Staatswillens.

Petersburg, 21. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Vertreter der Vierverbandsmächte werden am 22. Juni der griechischen Regierung ein Ultimatum überreichen, in dem sie folgende Forderungen aufstellen:

1. Demobilisierung, 2. Bildung eines Kabinetts, das eine wohlwollende Neutralität verfolgt und bereit ist, sich den Wünschen einer gesetzmäßig gewählten Kammer zu fügen; 3. Ersetzung der unter fremdem Einfluß handelnden Polizeibeamten durch Beamte, die im Einvernehmen mit den Vierverbandsmächten ernannt werden. (W. T. B.)

Gärung und Japanisierung in China.

Petersburg, 21. Juni. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Peking, daß die Provinzen Kwangtung, Hunan und Szetschwan beschlossen haben, die Pekinger Regierung nicht mehr anzuerkennen.

Tokio, 21. Juni. Unter den Ausländern und Chinesen im Norden Chinas herrscht wegen der dortigen Lage Beunruhigung. Auf Wunsch der Bevölkerung Tientsins wurde ein japanisches Bataillon dorthin zur Verstärkung der Schutzkolonne Nordchinas entsandt. (W. T. B.)

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau

Freitag, den 23. Juni: Heiter, trocken, wärmer.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Halle und Saalkreis, Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Kriegerfrauen
auch solche, welche in letzter Zeit nicht Leser unserer Zeitung waren,
erhalten das Volksblatt 25 % unter dem üblichen Bezugspreise.

Die eiserne Waschfrau, die kleinste und billigste Waschmaschine der Welt, Preis nur 8.— Mk., 1022
wird wegen gross. Andrangs morgen Freitag den 23., nachmitt. ½5 und abends ½9 Uhr. nochmals praktisch vorgeführt. Besucher der Vorführung erhalten den Apparat zum Vorzugspreise von 7.— Mk.

„Nordsee"
Große Ulrichstraße 58,
Telephone: 1274 und 1275. 1029
Empfehlen zum fleischlosen Tage:
Seefische
lebendfrisch und preiswert.
Ferner zu billigsten Preisen:
Täglich frische **Räucherwaren.**
Prima Fischmarinaden.
Zarte, fette, große **Vollheringe,** Stück 38 Pf.

Arbeitsmarkt
Schlosser, Schmiede u. Eisenarbeiter *317
werd. noch eingestellt, auch einige Hilfsarbeiter für Montage.
F. G. Weisse & Co., äußere Delitzscherstr. 19.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Jüngere Schreibhilfe *315
zum 1. 7. gesucht. Meldungen mit Gehaltsansprüchen sind bis 26. ds. Mts. mittags einzureichen.
Der Vorstand d. Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Zimmerleute und Einschaler
sofort gesucht.
Zu melden: **Grube Leopold bei Bitterfeld,** 1020
Polier Heinicke und
Anilinfabrik Wolfen bei Bitterfeld,
Bauführer Warschau.
Karl Lingesleben, Baugeschäft, Halle a. d. S.

*78 Wir suchen
Kesselschmiede und 1 Werkzeugschlosser
für dauernde Beschäftigung.
Landsberger Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft,
Landsberg, Bezirk Halle a. d. S.

Verordnung über den Verkehr mit Tauben im Heimatgebiet.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem Gesetze über den Belagerungszustand und dem Gesetze vom 11. Dezember 1915 betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

§ 1.

Brieftauben darf außer der Heeresverwaltung nur halten, wer dem Verbande deutscher Brieftauben-Liebhaber-Vereine angehört. Andere Taubenbesitzer haben ihre Brieftauben bis zum 1. Juli bei der Polizei anzumelden. Diese Tauben unterliegen der Beschlagnahme. Mit der Beschlagnahme geht das freie Verfügungsrecht über die Tauben auf die Militärverwaltung über.

§ 2.

Innerhalb des Gebietes, das aus dem § 2 der Bekanntmachungen der einzelnen stellvertretenden Generalkommandos sich etwa ergibt, ist der Handel mit lebenden Tauben jeder Art und der Transport von lebenden Tauben verboten.*)

Tauben dürfen in diesem Gebiet deshalb nur getötet auf die Straße oder auf den Markt gebracht werden.

Dies gilt nicht für Militärbrieftauben und die Brieftauben, die der Heeresverwaltung vom Verbande deutscher Brieftauben-Liebhaber-Vereine zur Verfügung gestellt sind.

§ 3.

Innerhalb des im § 2 angegebenen Gebietes haben sämtliche Taubenbesitzer ihre Tauben (Brieftauben und andere Tauben) der Polizei bis zum 1. Juli anzumelden.

§ 4.

Zwecks Nachprüfung der Taubenschläge werden von Zeit zu Zeit kurzfristige Taubensperren für Tauben jeder Art verhängt werden.

Wenn die Umstände es erfordern, kann auch eine dauernde Sperre verhängt werden.

Während der Sperre dürfen keine Tauben außerhalb ihres Schlages sein.

Tauben, die während der Sperre im Freien betroffen werden, unterliegen dem Abschuß durch die Polizei.

§ 5.

Den mit der Nachprüfung der Bestände Beauftragten ist jederzeit Zutritt zu den Schlägen zu gewähren und jede verlangte Auskunft zu erteilen.

§ 6.

Zugeflogene Brieftauben sowie aufgefundene Reste oder Kennzeichen von Brieftauben sind sofort der nächsten Polizei- oder Militärbehörde abzuliefern.

§ 7.

Polizei- und Militärbehörden, denen eine Brieftaube eingeliefert wird, haben, sofern nicht jeder Verdacht einer Spionage von vornherein ausgeschlossen ist, sofort das stellvertretende Generalkommando zu benachrichtigen und diesem die Taube zu übersenden. Das Gleiche gilt, wenn Reste oder Kennzeichen von Brieftauben eingeliefert werden. Lebende Tauben sind lebend zu übersenden.

§ 8.

Zuwiderhandlungen werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark erkannt werden.

Magdeburg, den 17. Juni 1916. *316

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

*) Der genaue Umfang des Gebietes ist von dem einzelnen in Betracht kommenden stellvertretenden Generalkommando vor Beginn des Handels oder Transportes in Zweifelsfällen zu erfragen.

Vorwärts Bibliothek.
Gute Bücher für Unterhaltung und Belehrung gehören ins Feld!

Erweckt.	Ein Roman aus dem Proletarierleben, von A. Ger.
Der Ausweg.	Eine Erzählung von Ernst Preczang.
Das Land der Zukunft.	Reisebeschreibung von Kolisch.
Verschrobenes Volk.	Erzählungen von R. Grötzsch.
Der Prinzipienreiter.	Erzählung von Wilhelm Blos.
In den Tod getrieben.	Zwei Erzählungen von E. Preczang.
Der Pariser Garten	und Anderes. Von Minna Kautsky.
Mutter.	Ein Frauenschicksal, von Joh. Ferch.
Der Morgen graut.	Erzählungen von M. Andersen-Nexö.
1000 Mark Belohnung.	Kriminalroman von H. Hyan.
Die Heiteretei.	Eine lustige Erzählung von Otto Ludwig.
Vom Waisenhaus zur Fabrik.	Geschichte einer Proletarierjugend, von Dikreiter.
Der Gotteslästerer.	Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter, von A. Ger.
Die Marketenderin.	Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege, von Erckmann-Chatrian.
Kriegsfahrten	in Belgien u. Nord-Frankreich. Von Dr. A. Köster und G. Noske. :: Mit 8 Bildern.
Kriegsberichte	aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilh. Düwell, Kriegsberichterstatter. :: Mit 8 Bildern.
Herzen im Kriege.	Schilderungen und Gedichten. Ausgewählt von Fr. Diederich. 2 Bände, jeder für sich abgeschlossen.

Jeder Band gebunden, Preis 1 Mk.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Kursbücher empfiehlt die
Volksbuchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191606 22-18/fragment/page=0008